

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Mätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonspalte 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **259400** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die letzten Wochen erhielten ihr Kennzeichen weniger durch Vorgänge auf dem Gebiet der Industrie als auf jenem der Finanz. Auf den Börsen interessierte man sich nicht so sehr für die Montanindustrie als für Rußland und Japan. Die eine Woche gehörte den Russen; sie war eine Woche des Schreckens. Die russischen Renten fielen tiefer als nach den furchtbaren Niederlagen zu Wasser und zu Lande und die französischen und deutschen Rentiers erzitterten vor dem Gerücht, Rußland werde die Renten nicht voll bezahlen können, Staatsbankrott machen. Doch trat wieder Beruhigung ein, und in der nächsten Woche war man geschäftig, die neue japanische Anleihe auszugeben. Ursprünglich sollte Rußland hierin den Vortritt haben; der größere Schuldner und Zinslieferant wird immer bevorzugt. Durch den Kursfall der russischen Werte aber wurde für die nächste Zeit jeder russische Pumpversuch unmöglich gemacht.

Die Besizer von Staatspapieren haben überhaupt jetzt schlechte Zeiten, auch jene, die nicht aus russischem Bauernblut, sondern aus gut deutschen Steuergeldern ihr Einkommen beziehen. Mit Reib müssen sie auf ihre Reichstumskollegen blicken, die ihr Kapital an die Industrie gewandt und jetzt reiche Ernte einheimen und noch reichere erwarten. Zwar stehen die Sturmwolken auf dem kapitalistischen Himmel schon ziemlich hoch; die neuen Handelsverträge sind vor der Tür und der Sturmvogel „teures Geld“ ist krisenverkündend wieder erschienen. Es mangelt bereits an Kapital, das in der Industrie angelegt werden könnte, der Zinsfuß dieses Kapitals steigt. Aber immerhin, der Zusammenbruch scheint doch noch nicht vor der Tür zu stehen. Über den Winter kommen wir wohl hinweg.

Die letzten Wochen waren ganz besonders Erntewochen der elektrischen Industrie. Wir haben schon in der letzten Nummer die erstaunlichen Ziffern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft veröffentlicht, die übrigens selbst ein wenig als Warnerin auftritt und angeklagt der so ungeheuer günstigen Entwicklung — es liegen im neuen Jahre, seit dem 30. Juli, schon wieder für 145 Millionen Aufträge vor, gegen 120 im Vorjahr — hinweist auf die Bestellungsfluß im Ausland vor der Erhöhung der Zollschranken. Aber 10 Prozent Dividende bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, 9 Prozent bei Siemens & Halske, 9 Prozent auch bei der Telephonfabrik Berliner und selbst bei der Schudert-Gesellschaft eine Dividende von 4 Prozent — das ist wahrhaftig „gute Arbeit“. Und dabei war im Geschäftsjahr 1904/05 der Höhepunkt noch gar nicht erreicht! Stellt doch die gegenwärtige Konjunktur jene der Jahre 1900 weit in den Schatten!

Dabei scheint es, daß diese Konjunktur nicht allein auf der Erweiterung der Industrieanlagen, der elektrischen Kraftübertragung in den Bergwerken und auf dem Exportgeschäft beruht, sondern daß auch die städtischen Elektrizitätswerke wieder recht beträchtliche Konjunktur sind, was natürlich auch in einem Zusammenhang mit der Konjunktur steht. So werden bei den Berliner Elektrizitätswerken wieder Turbo-Dynamos mit einer Leistung von 20000 Pferdestärken mit den zugehörigen Dampfmaschinen aufgestellt. Überhaupt sind die Jahresabschlussziffern dieser Rathenau-Gesellschaft sehr interessant. Die Dividende ist wieder auf 10 Prozent gestiegen, dieselbe Höhe, die sie 1899/1900 hatte. Im folgenden Jahre fiel sie auf 7 und stieg erst wieder in der Höhe. Der Reingewinn beträgt 4,76 Millionen gegen 4,19 Millionen im Vorjahr. Ein Drittel hiervon fällt an die Stadt Berlin, das andere an die Aktionäre und Verwaltungsräte. Die Abgabe von elektrischem Strom stieg weiter von 98,50 Millionen auf 111,57 Millionen Kilowattstunden, also um 13,07 Millionen gleich 13,03 Prozent. Davon entfallen auf Privatbeleuchtung 20,14 Millionen Kilowatt (16,73 Millionen Kilowattstunden), für öffentliche Beleuchtung 2,32 Millionen (2,01 Millionen), gewerbliche Anlagen 36,69 Millionen (30,32 Millionen), Akkumulatorenanlagen 3,80 Millionen (3,21 Millionen), Straßenbahnen 47,28 Millionen (45,16 Millionen) und Selbstverbrauch 1,34 Millionen (1,02 Millionen). Durch Neuanbauten wuchs die Zahl der Glüh- und Kernlampen von 530 581 auf 619 825, der Wagentampen von 22 211 auf 26 012, der Motoren von 12 933 auf 16 761 Pferdestärken auf 15 403 mit 55,666 Pferdestärken und der Apparate von 1697 auf 2068; das entspricht im ganzen einer Leistung von 95,455 Kilowatt. Durch inzwischen angeglichene Anlagen wird der Gesamtanfluß von 100000 Kilowatt gleich 2 Millionen Normallampen jetzt überschritten. Der durchschnittliche Verkaufspreis der Elektrizität in Berlin, der im Vorjahr nach Abzug der Abgabe an die Stadt 15,89 Pfennig betrug, ermäßigte sich auf 15,43 Pfennig. Diese Ziffern zeigen auch, daß nur der fünfte Teil des in Berlin verbrauchten Stromes der Privat- und Straßenbeleuchtung dient.

Die Schudert-Gesellschaft in Nürnberg erzielte einen Bruttogewinn von 3446066 Mk. (im Vorjahr 3595173 Mk.), wozu der Gewinnvortrag vom Vorjahr mit 1204103 Mk. (-) tritt. Nach Deckung der Verwaltingskosten mit 244562 Mk. (286570 Mk.), Obligationen mit 1294333 Mk. (1316333 Mk.), Zinsen, Bankzinsen, Provisionen mit 403829 Mk. (541954 Mk.), Steuern mit 7908 Mk. (46549 Mk.) und Abschreibungen mit 32983 Mk. (36290 Mk.) verbleibt ein Reingewinn von 2678553 Mk. (267477 Mk.), wovon 73622 Mk. dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen. Der auf den 30. Dezember einzuberufenden Generalversammlung wird vorgeschlagen, 4 Prozent (0) Dividende zu verteilen und den Restbetrag von rund 920000 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. (Im Vorjahr diente der Reingewinn nach Überführung von 63374 Mk. in den Reservefonds mit 1204103 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung.)

Wie groß der Profit der Siemens-Schudertwerke ist, der teilweise der Schudertgesellschaft zufließt und auf dem sie beruht,

wird nicht gesagt. Denn die Siemens-Schudertwerke sind „Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“ und daher nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet. So kann es sich der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft erlauben, seine Mitteilungen darauf zu beschränken, daß die Ergebnisse der letzten Geschäftsperiode den Erwartungen entsprechen und die Umsätze im laufenden Jahre im allgemeinen sich günstig gestaltet haben. Die Siemens & Halske Aktiengesellschaft, der andere Teilhhaber, wird wohl noch ausführlicher berichten müssen. Vorläufig weiß man nicht viel mehr, als daß die Dividende von 7 auf 9 Prozent erhöht wird.

In der Eisen- und Stahlindustrie spricht die Statistik: Die Monatsproduktion der deutschen Roheisenindustrie überschritt im Oktober zum ersten Male eine Million Tonnen, sie betrug 1008943 Tonnen, kennzeichnend ist aber, daß in den Vereinigten Staaten die Roheisenproduktion im Oktober über zwei Millionen Tonnen betrug, wie überhaupt ein guter Teil der Konjunktur in Deutschland auf der glänzenden Marktlage in Amerika und Großbritannien beruht. Nach dem letzten Marktbericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hat „das Zulandgeschäft in letzter Zeit in etwas ruhigeren Bahnen eingelenkt“ — freue dich, deutscher Konjunktur! — im Ausland ist der deutsche Stahl jetzt angeblich nicht mehr billiger zu haben als im Inland.

Der Stahlwerkverband hatte im Oktober ebenfalls einen Rekord zu verzeichnen, im Halbzeugverstand nämlich. Der Verband von Formeisen blieb ein wenig zurück. Im ganzen war der Oktoberverstand in den schweren Stahlprodukten um 28,84 Prozent größer als im vorigen Oktober, betrug aber nur um wenig mehr als im letzten September. Der Gesamtverband in diesen Produkten A vom 1. April bis 31. Oktober d. Js. betrug 3130693 Tonnen und übersteigt die Beteiligungsziffer von sieben Monaten um 9,20 Prozent und den Gesamtverband für den gleichen Zeitraum des Vorjahres (2712428 Tonnen) um 418265 Tonnen oder um 15,42 Prozent. Davon entfallen auf Halbzeug 1432246 Tonnen (1904: 947658 Tonnen) auf Eisenbahnoberbaumaterial 950820 Tonnen (774398 Tonnen) und auf Formeisen 1036227 Tonnen (990377 Tonnen). Der Gesamtverband an Halbzeug ist also gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 195588 Tonnen = 20,64 Prozent, an Eisenbahnoberbaumaterial um 176427 Tonnen = 22,78 Prozent und an Formeisen um 46250 Tonnen gleich 4,67 Prozent höher.

Zur Lage der Brückenbauanstalten und Eisenkonstruktionswerkstätten läßt sich die Rheinisch-Westfälische Zeitung unter anderem schreiben, daß seit einigen Monaten auch diese Werke an dem allgemeinen Aufschwung teilnehmen. „Die meisten sind nicht nur in ausreichender Weise beschäftigt, sondern haben auch Aufträge gebucht, die über den Bestand zu gleicher Zeit des Vorjahres weit hinausgehen und ausgiebige Beschäftigung bis in das Frühjahr hinein gewährleisten. Dies ist um so erfreulicher, als im Winter bei den Eisenkonstruktions- und Brückenbauanstalten im Allgemeinen eine stille Zeit zu herrschen pflegt, da sie mehr oder weniger Saisongeschäfte sind, und der Schwerpunkt der Beschäftigung im Frühjahr und Sommer liegt. Sie dürfen deshalb auf ein lohnenderes Ertragnis rechnen, da der Sommer nicht für den Winter wird mitverdienen müssen. Die Preise im Allgemeinen lassen immer noch zu wünschen übrig. Es sind zu viel kleine Werke vorhanden, die selbst in dieser Zeit des Aufschwunges glauben, sich Arbeit zu jedem Preise sichern zu müssen und die, weil sie in großer Zahl sind, es auch fertig gebracht haben, das Preisniveau noch immer auf niedrigen Stände zu halten.“

Über Waggonbestellungen der preussischen Staatsbahnen wird gemeldet: „Die Eisenbahndirektion in Berlin ist jetzt endlich beauftragt worden, wegen Beschaffung von 1070 Personenwagen, 387 Gepäckwagen, 53 vereinigten Post- und Gepäckwagen sowie 9400 Güterwagen (erste Teilbeschaffung für 1906) für die bestehenden Bahnen und die im Etatsjahr 1906 zur Eröffnung kommenden Nebenbahnlinien mit den Wagenbauanstalten, die gegenwärtig für die Staatseisenbahnverwaltung beschäftigt sind, in Verhandlung zu treten. Die Lieferungen sollen am 1. April 1906 beginnen und am 1. November 1906 abgeschlossen sein. Ferner sind als Nachbestellung für das Etatsjahr 1905 weitere 882 Güterwagen bei den Werken in Auftrag gegeben worden. Die Anlieferung der Wagen soll noch vor Ablauf dieses Etatsjahres erfolgen.“

Die erste Bestellung eines russischen Kriegsschiffes ist erfolgt. Sie ging nach England. In Deutschland wird nur die Schraubenwelle angefertigt.

Die neueste Verschmelzung ist die der Wittener Stahlrohrenwerke mit den Schalker Röhrenwalzwerken. An sich genommen, gehören beide Gesellschaften nicht zu den größten, aber für die Röhrenindustrie ist der Vorgang doch von großer Bedeutung.

Eine neue Preisvereinbarung haben die Rietenfabrikanten beschlossen; sie nützen ihren flotten Geschäftsgang. Die Eisengießereien führen die beschlossene Preisserhöhung immer mehr durch. Sehr bemerkenswert ist das Zustandekommen einer Preisconvention der Hebezeugfabriken, die sich offenbar auf die Handelswaren erstreckt. Das Eisenwerk Rote Erde, Dortmund, hat für 1904/05 einen Reingewinn von 58238 Mk. und ist somit imstande, den vorjährigen Verlust von 260000 Mk. zu vermindern. Der Geschäftsbericht ist typisch für ein reines Walzwerk. Er klagt über die schlechten Preise, die sich im ersten Halbjahr nicht aufbessern konnten, weil einige der großen Stahlwerke wieder große Mengen Flußstabeisen auf lange Abnahmefristen zu ungerühnlich billigen Preisen verkauft hatten. Immerhin gelang es der Gesellschaft, Ordres zu besseren Preisen heranzunehmen. Die zu Beginn des laufenden Kalenderjahres eingesezte Belebung des Marktes brachte dem Werke weiterhin sogar einen bescheidenen Nutzen. So weit wie nur möglich, suchte es als reines Walzwerk seinen hauptsächlichsten Absatz in Schweißstabeisen. Das Auslandsgeschäft wurde seiner ungünstigen Lage wegen nur in bescheidenem Umfang gepflegt. Der Vorstand hofft,

daß es gelingen wird, das noch immer bestehende Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Fertigfabrikatpreisen zu beseitigen oder zu mildern. Die Beschlagteilfabrik war anhaltend mit Aufträgen gut versehen, doch können die Preise, die sie für ihre Fabrikate erzielt, nicht durchweg als hinlänglich bezeichnet werden. Der gegenwärtige Bestand in Aufträgen sichert dem Walzwerk sowie der Beschlagteilfabrik auf mehrere Monate hinaus Beschäftigung, die einen einigermaßen lohnenden Verdienst abwerfen.

Nun klagen die bayerischen Maschinenfabriken über die Kriegskosten. Selbst die Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg schmerzen die Verluste der Ausperrung im Sommer. Dabei ist diese größte südliche Maschinenfabrik in der sehr angenehmen Lage, 13 1/2 Prozent Dividende zu verteilen, also noch beträchtlich mehr als die vorjährige 10 1/2 Prozent! Über die Beschäftigung und die Aussichten sagt der Geschäftsbericht: „Durch die unruhigen Verhältnisse in Rußland haben sich bis jetzt keine ungünstigen Wirkungen ergeben. Die Besserung der Industrie habe weitere Fortschritte gemacht und damit zusammenhängend sei eine teilweise Preisserhöhung für die Erzeugnisse zu verzeichnen. An Diesel-Motoren wurden 169 Stück geliefert; die Nachfrage sei andauernd groß und die Aussichten für die Verwendung als Schiffsmaschinen günstig. 16 Dampfturbinen sind in Auftrag, von denen drei abgeliefert und zwei zur Zufriedenheit in Betrieb gestellt wurden. Die Beschäftigung im Wagenbau war milder lebhaft. Von den neuen Handelsverträgen sei derjenige mit Rußland bezüglich Ausfuhr von Maschinen ganz besonders ungünstig; die Zollsätze für die Haupterzeugnisse sind um mehr als 50 Prozent erhöht.“

Ebenfalls über die Verluste durch die Ausperrung klagt die Maschinen- und Bronzewarenfabrik Riedinger in Augsburg, die allerdings in sehr verfahrenen Geseisen sich befindet. Der vorjährige Geschäftsverlust von 39000 Mk. erhöhte sich auf 108000 Mk. Als Ursache dieses Ergebnisses werden auch gedrückte Preise und erhöhte Löhne genannt. Einem verfahrenen Unternehmen sind selbstverständlich die Preise noch seltener genug hoch wie einem normalen. Von den Löhnen gilt das Entsprechende.

Die Maschinenfabrik Gröhner in Durlach, die ihr Kapital von 3 1/2 auf 4 1/2 Millionen erhöht, erwartet für das laufende Jahr eine Dividende von 13 Prozent (gegen 12 für das Vorjahr).

Wie die Verwaltung der Maschinenfabrik Grevenbroich mitteilt, beläuft sich der diesjährige Bestand an Aufträgen auf 3100000 Mk. gegenüber einem Gesamtbetrag von 1720000 Mk. für das Jahr 1904. Es bestehe begründete Hoffnung für eine weitere hinreichende Beschäftigung. Es ist geradezu unheimlich, wie viele Fabriken, besonders die des allgemeinen Maschinenbaus, über die Zunahme ihrer Bestellungen sprechen. Wir erinnern an die Maschinenfabrik Humboldt, der sich jetzt in ähnlichen Verhältnissen Grevenbroich und die Sundwiger Eisenhütte Maschinenbau-Aktiengesellschaft anschließen. Auch diese hat in dem neuen begonnenen Geschäftsjahr doppelt so viel Aufträge wie in derselben Zeit des Vorjahres, obwohl sie in der Lage ist für das abgelaufene Jahr 12 1/2 Prozent Dividende (im Vorjahr 8 Prozent) zu verteilen. Der Reingewinn betrug 201000 Mk. (im Vorjahr 171000 Mk.).

Die Duisburger Maschinenbau-Aktiengesellschaft normally Beckem & Keetman verteilt 5 Prozent gegen 4 Prozent im Vorjahr, obwohl der Bruttogewinn etwas abnahm.

Die Dortmener Eisengießerei und Maschinenfabrik, die Spezialmaschinen für Stein- und Zementfabrikation in kleinerem Umfang betreibt, verteilt wie im Vorjahr 10 Prozent.

Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Union in Essen hatte einen Betriebsgewinn von 200000 Mk. (gegen 396000 Mk. im Vorjahr), der sich aber durch die Unkosten z. in einen Verlust von 191000 Mk. verwandelt. Dieser wird, wie der vorjährige, von 61000 Mk. aus der Reserve gedeckt. Die Gesellschaft ist bemüht, Gasmotoren und Dampfturbinen zu fabriizieren, und das verursacht hohe Kosten.

Rechtzeitig rüsten!

Als der Reichstag am 28. November zu seiner neuen Session zusammentrat, fand er bereits 35 Vorlagen der Regierungen vor. Sie sind zwar nicht alle von gleicher Wichtigkeit; aber einzelne von ihnen sind so geartet, daß es unmöglich erscheint, sie in der knappen Zeit, die dem Parlament neben der Etatberatung zur Verfügung steht, sachgemäß zu erledigen.

Die Regierung ist freilich anderer Meinung; sie hat den Etat des Jahres 1906/07 so gefaltet, daß er die Einführung der vorgelegten Gesetzesentwürfe zur Voraussetzung hat. Seitdem der frühere bayerische Bundesratsbevollmächtigte Freiherr v. Stengel in das Reichshausamt eingezogen ist, wird er nicht müde zu versichern, er werde die dringend gebotene Reorganisierung der Reichsfinanzen ausführen, was allerdings eine sehr schwere Aufgabe sei. Der eingesezte Bureauftrat meint nun offenbar, wenn er durch seine Geheimräte ein paar Steuervorlagen habe zusammenklauben lassen, dann könne der Reichstag nichts Besseres tun, als Ja und Amen dazu zu sagen. Unbestreitbar, daß dazu wenig Zeit gebraucht wird; aber wenn die Volkvertretung — ganz gleich von welchem Standpunkt aus die Parteien an die Arbeit herangehen — ihre Aufgabe ernst und gewissenhaft aufsaßt, dann braucht sie viel längere Zeit als ihr zur Verfügung steht. Die dreiste Zumutung der Regierung, daß das Parlament mit Eilzuggeschwindigkeit Gesetze von ungeheurer Tragweite annehmen soll, ist nur ein neuer Beweis dafür, daß sie ganz systematisch an der Minderung des Parlamentseinflusses arbeitet. Das muß immer und immer wieder hervorgehoben werden, schon um die Unbesonnenen aus den Reihen der Opposition davon abzuhalten, genau in dieselbe Kerbe zu hauen und damit die Geschäfte der Reaktion zu beforgen.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen die Flotten-
vorlage und die Steuervorlagen. In der neuen Flottenvorlage,
die sich als eine Ergänzung des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900
gibt, werden Mehraufwendungen im Betrag von rund 800 Millionen
Mark bis 1917 gefordert. Die Einzelheiten und ihre Begründungen
kann man hier zunächst beiseite lassen, da wir im Verlauf der
parlamentarischen Arbeiten noch wiederholt Gelegenheit haben werden,
darauf referierend und kritisch einzugehen. Von größerer prinzipieller
Bedeutung sind die Steuervorlagen. Bevor wir ihre Wirkung
abzuschätzen, sei darauf hingewiesen, daß das erwähnte Gesetz vom
14. Juni 1900 folgenden § 6 enthält: „Insofern vom Rechnungsjahr
1901 ab der Mehrbedarf an fortbauenden und einmaligen Aus-
gaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrverlag
der Reichsstempelabgaben über die Summe von 58708000 Mk. hinaus
übersteigt und der Geshbetrag nicht in sonstigen Einnahmen des
Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung
oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch
belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.“ Nach dieser
kategorischen Bestimmung sollte man meinen, daß die Wege der Reichs-
steuerpolitik klar vorgeschrieben wären. Die Regierung denkt anders:
obwohl der Hauptantrieb zur Vermehrung der Reichseinnahmen in
dem Wunsche nach einer Flottenvergrößerung zu suchen ist, wagt sie
dennoch mit rund 180 Millionen neuer indirekten Steuern auf
den Massenverbrauch zu kommen! Um wenigstens den Schein
zu machen, behauptet sie freilich, es komme ihr auf eine durch-
greifende Finanzreform an, nicht allein oder vorzugsweise auf die
Kostenbedürfnisse für die Marine. Mit solchen leeren Kluseben mag
sie herumschlagen vor will. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die
Regierung sowohl mit der Flottenvorlage, wie mit den Steuern-
vorlagen geradezu einen „Umsturz des Bestehenden“ betreibt.

Fünf Neuerungen auf dem Gebiet der Steuern nutzt man dem
Volk zu: 1. die Änderung des Brausteuergesetzes (Biersteuer);
2. die Änderung des Tabaksteuergesetzes (Tabak- und Zigarettensteuer);
3. die Zigarettenbesteuerung; 4. die Änderung des Reichsstempel-
gesetzes (Verkehrssteuer); 5. die Reichserbschaftsteuer. In den Zeiten
einer volkreichernden Fleischsteuer, unmittelbar vor der
Durchführung der neuen, wahrnehmlich gesteigerten Schutzölle und
Brotölle, soll der Massenkonsum und der Verkehr mit neuen un-
gehörligen Lasten belegt werden, Lasten, die auf den Kopf der Be-
völkerung fast 4 Mk. im Jahre ausmachen sollen. Daß die neue
Epoche der deutschen Schutzpolitik uns eine Verminderung des
Absatzes unserer Waren nach dem Ausland, eine Einschränkung des
inneren Marktes wegen der Verschönerung und Verteuerung des Kon-
sums, damit eine erhebliche Erhöhung der Lebenshaltung der
breiten Massen bringen muß, wird von keinem Sachkenner bestritten.
Und dazu kommt die Regierung jetzt mit ihren schlechthin unquali-
fizierbaren Vorschlägen! In dieser neuen Belastung des Massen-
konsums durch Erhöhung der Bier- und Tabakbesteuerung, durch die
Neueinführung einer besonderen Zigarettensteuer und nicht am wenig-
sten durch die bis zum direkten Unfug gehenden geplanten Verbrauchs-
steuern zeigt die Reichsregierung, daß sie tatsächlich am Ende ihres
Pateins ist. Sie will die gewaltigen Ausgaben für die militärisch-
imperialistische Politik des Reiches aufbringen ohne dabei die be-
sitzenden Klassen auch nur zu verhältnismäßig ebenbürtigen Lasten
heranzuziehen, wie sie den Arbeitern auferlegt worden sind: das ist
ungefähr so, als ob man ihr aufgeben würde, die Quadratur des
Kreises zu lösen. Natürlich muß das Ergebnis aller „Erwägungen“
immer wieder sein: der Massenkonsum soll und muß wieder
herangezogen werden. Der bürokratische Stumpfheit, der sich mit
dem Klassenegoismus der Herrschenden zu einem ekeligen Gemisch ver-
einigt, und dem bei uns „staatsmännische Ehrlichkeit“ genannt wird,
feuert geradezu Triumphe. Daß das Volk dabei körperlich und geistig
zertrübt wird, daß die wirtschaftliche Tätigkeit nicht mehr in freier
Entfaltung sich regen kann, daß die immer erneuten himmelverbrannten
Belastungsproben schließlich das ganze Gefüge der Volkseinheit in
seiner Grundfesten erschüttern — was kümmert das diese Eintags-
fliegen von „Staatsmännern“, die schon stolz sind, wenn sie die be-
sitzenden Klassen in leidlicher Zufriedenheit erhalten.

Aber ist nicht die Reichserbschaftsteuer wenigstens ein Versuch,
die „ausgleichende Gerechtigkeit“ auch in das Steuerwesen des
Reichs einzuführen? Nein! Denn diese Reichserbschaftsteuer,
deren Einnahmen nicht mehr als 60 bis 70 Millionen betragen
sollen, ist eine schamlose Heuchelei. Nach den Plänen der Regierung
sollen die Erbschaften von Eltern auf die Kinder in jeder Höhe von
der Steuer befreit bleiben, nur — die Eitelkeit jubelt! — die un-
ehelichen Kinder müssen zahlen, wenn sie von ihrem Vater etwas
erben. Damit auch ja nicht die „gefährlichen“ Bahnen zu direkten
Reichssteuern geöffnet werden, damit auch in alle Zukunft die Be-
sitzenden vor einer stärkeren Belastung geschützt sind, wird überdies
diese Karikatur einer Erbschaftsteuer mit den Finanzsystemen der
Einzelstaaten unauflöslich verknüpft.

Für die Arbeiterklasse sind diese Steuerpläne ein brutaler Faust-
schlag ins Gesicht. Der freche Zynismus des selbstbewußtesten Er-
oberers spricht aus ihnen, der mit dem niedergeworfenen Volke
schaltet und waltet wie er will und den Sklaven die Formen ihres
Erbteils vorführt! Wägen die Massen der Arbeitenden im Gland
und in Unwissenheit verkommen — was schert das die Herrschen-
den. Für sie soll das „Volk“ Gut und Blut hingeben, für sie soll
es die Möglichkeit eines lebenswerten Lebens schaffen. So will es
die Klassenpolitik.

Die entwicklungsfördernde, volkreichernde Tendenz der neuen
Steuerpläne im Reich stellt neben der politischen Organisation der
Arbeiterklasse auch die Gewerkschaften vor neue schwere Aufgaben.
Sind sie es doch, die, wie immer die Dinge sich gestalten mögen,
am unmittelbarsten den Kampf gegen die Verelendung der Massen
zu führen haben werden. Rechtzeitig rücken, das ist jetzt ihre
Lofung.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

In der Thronrede, mit der der deutsche Kaiser am 28. November
den Reichstag eröffnete, wurde die Vorlage eines Gesetzesentwurfes
über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angekündigt. Der darauf
bezügliche Passus der Rede lautet:

„Gegenwärtig wird Ihre Mitwirkung erbeten, um den gewerb-
lichen Berufsvereinen den Erwerb der Rechtsfähigkeit zu
erleichtern und die Möglichkeit freier Betätigung ihrer wirt-
schaftlichen Interessen innerhalb der durch das gemeine
Volk gegebenen Grenzen zu gewährleisten.“

Aber den Inhalt des Gesetzes liegt bis jetzt nur eine Notiz der offi-
ziösen Presse vor. Danach sollen den Gewerkschaften die Korporations-
rechte entzogen werden, die sich an Ausländern betreffen, die die
öffentliche Wohlfahrt (Versorgung mit Kohle, Wasser und Licht)
zu gefährden geeignet sind.“ Das würde für zahlreiche Arbeiter
die Aufhebung des Streikrechtes bedeuten, wenn sie sich den Be-
dingungen des Gesetzes unterordnen würden. Wer weiß, was die
Vorlage sonst für reaktionäre Schönheiten enthält! Wir sind auf
das Schicksal gespannt, entwirrt können wir aber nicht werden,
weil wir von jetzt nicht so optimistisch waren, von unserer gefeh-
lenden Haltung eine solche Regelung der Materie zu erwarten,
die auch nur billigen Ansprüchen der Arbeiterklasse genügen könnte.

Die Art, wie Regierung und Reichstag sich bisher zu der Frage
verhalten, rechtfertigte diesen Pessimismus vollkommen.

Es ist nämlich, einen kurzen Rückblick zu werfen auf die einzelnen
gesetzgeberischen Versuche, die vermögensrechtliche Stellung der Vereine
zu regeln. Im norddeutschen Reichstag stellte Schulze-DELICHT den
Antrag, den Berufsvereinen in privatrechtlicher Hinsicht die Rechte
einer juristischen Person zu verleihen, um sie zu befähigen, Vermögen
zu erwerben, zu klagen und verklagt zu werden. Der Antrag wurde
auch angenommen, blieb aber im Bundesrat liegen. Im Frühjahr
1871 feierte er seine Ausfertigung im deutschen Reichstag, blieb aber
ebenfalls unerledigt. Im Frühjahr 1902 entdeckten einzelne Volksver-
treter, daß es bedenklich sei, den Berufsvereinen die Korporationsrechte
zuerteilen. Die ersten großen Streikbewegungen waren daran schuld.
Der nationalliberale Abgeordnete PASTER äußerte sich am 18. April
1872 darüber wie folgt:

„Ich halte im allgemeinen das Streben, daß eine Ausrüstung
mit Geldmitteln stattfinden soll, um organisch einen Krieg
herzustellen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und
ginge auch dieser Krieg zuerst von dem erlaubten Mittel der
Arbeitseinstellung aus, für ein sehr gefährliches, und so lange
der Staat es in den Händen hat, sich zu überlegen, ob er Vereinen
dieser Art Korporationsrechte beilegen will, muß er zunächst gründ-
lich untersuchen, ob denn diese Vereine bisher heilsam gewirkt
haben und ob sie nach ihren Statuten die Möglichkeit haben,
heilsam zu wirken.“

Dr. PASTER schlug der Kommission, die 1872 den Entwurf zu
beraten hatte, vor, daß die Rechtsfähigkeit einem Gewerk-
verein nur dann eingeräumt werde, wenn in seinem Statut
die Bedingungen enthalten seien: 1. Daß vor dem Eintritt einer Aus-
sperkung (es ist vorausgesetzt, daß das Gesetz auch für Unternehmer
gelte) oder einer Arbeitseinstellung die zugrunde liegenden Streit-
punkte einem Schiedsgericht überwiesen werden müssen; 2. daß
der Verein eine Unterstützung nur dann gewähren darf, wenn
das Schiedsgericht nach fruchtlosem Sühneversuch die Aussperkung
oder die Arbeitseinstellung für nicht ungerechtfertigt erklärt; 3. in
welcher Weise das Schiedsgericht zusammengesetzt sein soll. Eine
Zu widerhandlung gegen diese Bestimmungen sollte die Schließung
des Vereins zur Folge haben, wer aber als Vorstandsmitglied
oder in anderer Weise zur Gewährung der Unterstützung beigetragen,
sollte für den Ersatz des Betrags solidarisch haftbar sein und
außerdem mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten, in
minder schweren Fällen zu einer Geldbuße bis zu 200 Talern ver-
urteilt werden können. Die Kommission lehnte die Strafbestimmungen
ab, schlug aber vor, den Vereinen, die die oben in Ziffer 1
bis 3 aufgestellten Bedingungen nicht erfüllen, die Rechtsfähigkeit
nicht zu erteilen. Die Kommissionsbeschlüsse kamen nicht vor das
Plenum.

Im Jahre 1885 petitionierten die Hirsch-Duncker'schen Gewerk-
vereine an den Bundesrat und Reichstag um Erlass eines dies-
bezüglichen Gesetzes unter Beifügung eines ausgearbeiteten Geset-
entwurfes. Das Gesetz sollte sich nicht, wie es Schulze-DELICHT früher
gewollt, auf die Vereine überhaupt, sondern nur auf Berufsvereine
beziehen, die Unterstützung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit oder
Erwerbslosigkeit sowie bei Arbeitsfreistellungen leisteten. Jemand eine
Folge hatte die Petition nicht. Spätere Versuche der Freienämner
und des Zentrums blieben ebenfalls ohne Resultat. Erst als 1895/96
das Bürgerliche Gesetzbuch zur Beratung kam, fand die Frage wieder
eine eingehendere Behandlung. Die Frage wurde auch geregelt,
jedoch in einer Weise, daß die Berufsvereine der Arbeiter, deren
Aufgabe die Hebung der Lage der Arbeiter ist, davon ausgeschlossen
sind. Der Regierungsentwurf stellte die politischen, sozial-
politischen und religiösen Vereine außerhalb des normalen
Rechts, indem solchen Vereinen die Rechtsfähigkeit verweigert,
oder wenn sie ihnen erteilt, bei Überschreitung der durch das
Gesetz gezogenen Grenzen entzogen werden konnte. Die von den
sozialdemokratischen Abgeordneten gemachten Versuche zu einer Ver-
besserung der Bestimmungen waren erfolglos. Der Entwurf ist mit
unwesentlichen Änderungen (die „religiösen Vereine“ wurden aus-
dem Entwurf gestrichen) Gesetz geworden. Es war deshalb selbst-
verständlich, daß sich die Gewerkschaften einem solchen Gesetz nicht
unterwerfen konnten, da sie sich dadurch ihre Lebensbedingungen
selbst vernichtet hätten. — Im Plenum des Reichstags hatte damals
der Freiherr v. STUMM die rücksichtsloseste Obstruktion an-
geführt, wenn man den Berufsvereinen ihre Rechte werden lasse.
Der Reichstag begnügte sich deshalb auch damit, in einer Resolution
die Erwartung auszusprechen, daß „die Rechtsverhältnisse baldmöglichst
einheitlich geregelt werden“. Der Regierung pressierte es jedoch gar
nicht, den wiederholt gewünserten Wünschen Rechnung zu tragen.
Erst am 30. Januar 1904 hat Graf v. POSADOWSKY im Reichstag die
„grundsätzliche Genehmigung“ der verbündeten Regierungen verkündet,
der Frage näher zu treten; er sagte:

„Die verbündeten Regierungen sind grundsätzlich nicht ab-
geneigt, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine der unter
die Gewerbeordnung fallenden Arbeiter und Arbeiterinnen anzu-
erkennen und diese Berufsvereine somit als juristische Personen
anzugestellen mit allen Rechten und Pflichten, welche solche
Körperschaften zu haben pflegen. Die verbündeten Regierungen
gehen aber hierbei, um zu einer Einigung im Bundesrat zu ge-
langen, von der Auffassung aus, daß eine derartige Gesetzgebung
die Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben und
gewissen öffentlichen Anlagen, welche dringende und wichtige
Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen haben, nicht einzu-
greifen hat. Die verbündeten Regierungen gehen ferner von der
Auffassung aus, daß bei einer derartigen gesetzlichen Regelung
ausreichende Fürsorge zu treffen ist, daß auch die Minder-
heiten genügend geschützt sind, und daß die anerkannten
Berufsvereine, welche lediglich die wirtschaftlichen Interessen
der Arbeiter vertreten sollen, sich von dieser gesetzlichen und
eventuellen kantonarischen Grundlage nicht entfernen dürfen.“

Was die offiziöse Presse über den Gesetzesentwurf ausplauderte,
deckt sich so ziemlich mit der Erklärung POSADOWSKYS und mit der
jetzigen Thronrede. Danach ist das projektirte Gesetz für die Arbeiter
nicht um wertlos, sie müssen es sogar auf das entschiedenste bekämpfen,
da es auch noch eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes
bringen soll. Es wird ja nun gewiß nicht an Lenten fehlen, die
die Arbeiter auf den Reichstag vertreten, der den Entwurf der
„Gegensätze“ schon ansprechen werde. So wird im Zentralblatt der
christlichen Gewerkschaften die Meinung ausgesprochen: „Die Kon-
trollation im Reichstag ist glücklicherweise so, daß ein reaktionäres
Gesetz nicht zu Stande kommt.“ Dieser Glaube zeigt mindestens von
einer sehr lieblichen Auffassung. Man braucht nur die Stellung zu
betrachten, die die bürgerlichen Parteien bisher zu der Frage einge-
nommen haben. Die Nationalliberalen sind Feinde der Rechts-
fähigkeit der Berufsvereine. Wenn sie sich dazu überhaupt verstehen,
werden sie nur in reaktionärem Sinne wirken und nützlich. Die
Konservativen wollen nur dann einer „Anschönerung des Koalitions-
rechtes“ zustimmen, wenn „für den erforderlichen Schutz der Arbeits-
willigen“ gesorgt wird und die Berufsvereine für einen „Mißbrauch ihrer
Rechte“ straf- und zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Das wäre
gewiß eine wertvolle Koalitionsfreiheit, die ein würdiges Seitenstück
zu der „Arbeitsfreiheit mit dem Salzen daneben“ sein würde. Das
Organ des Bundes der Landwirte schreibt kürzlich: „... Die Ge-

rechtigkeit aber, die man den Gewerkschaften bezüglich der Befugnisse
zu juristischen Ausgestaltung ihrer Organisationen zuteil werden
lassen möchte, könnte zu einem schweren Unrecht allen denen gegen-
über werden, welche die Folgen dieser gewerkschaftlichen Vereins-
freiheit zu tragen haben; man hüte sich, durch gesetzgeberische Maß-
nahmen die Wasser anschwellen zu lassen, die das sozialdemokratische
Mühlenwerk antreiben. Die Gewerkschaften haben bisher noch nicht
die mindeste Neigung offenbart, einen unzweideutigen
Trennungsschritt zur politischen Partei hin zu ziehen...“

Aber die Zentrumspartei — Wer diese Partei bei der Beratung
der Berggesetznovelle im preussischen Landtag am Werte gesehen hat,
wird von ihr auch im Reichstage nichts gutes erwarten. Man muß
sich bei dieser Partei doppelt vorsehen, denn sie verfehlt es nur zu
gut, unter „arbeiterfreundlichen“ Anträgen und Reden ihren reaktio-
nären Charakter zu verhehlen.

Die Industriellen machen schon jetzt alle Anstrengungen, den
Reichstag in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Bund der In-
dustriellen hielt am 27. November in Berlin seine zehnte Generals-
versammlung ab. Fabrikant KRÜGER sprach über die Rechts-
fähigkeit der Berufsvereine. Es wurde folgende Resolution
beschlossen:

„Der Bund der Industriellen spricht sich für die Erteilung
der obligatorischen Rechtsfähigkeit an die Arbeiterberufs-
vereine aus, unter der Voraussetzung, daß ihnen keine Ausnahms-
stellung vor anderen Vereinen eingeräumt, und daß außer ihrer
zivilrechtlichen Haftbarmachung der Schutz der Minder-
heiten und in Streitfällen Repressionsmaßregeln gewährt
werden.“

Der Bund der Industriellen geht gleich aufs Ganze, indem er
auch den Eintragungszwang für die Arbeitervereine fordert.
Welche Motive ihn dabei leiten, dafür kann wohl die Broschüre des
Dr. Otto Ballerstedt angezogen werden, die unter dem Titel:
„Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Eine
Mahnung...“ als 7. Heft der Sozialwirtschaftlichen Zeitfragen,
herausgegeben von Dr. Alexander LILLE, erschienen ist. Der Inhalt
dieser Schrift ist eigentlich nur ein Extrait der Scharfmacherartikel
der Arbeiter-Zeitung. Es werden darin in der bekannten Manier
die Gewerkschaften verdächtigt und in düsteren Farben die Gefahren
geschildert, die aus der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufs-
vereine erwachsen würden. Wenn aber die Lösung nur erfolge,
dann müßten die „entsprechenden Kautelen“ geschaffen werden durch
„Schutz der Minderheiten und der Arbeitswilligen“ (Zuchthausgesetz)
und der zivilrechtlichen Haftbarmachung der Berufsvereine. Für
jeden vermeintlichen oder wirklichen Schaden, der durch Kontrakt-
bruch oder sonstwie bei Streiks u. einem Unternehmer erwächst, will
man das Gewerkschaftsvermögen in Anspruch nehmen, damit auf
diesem Wege das erreicht werden könne, was auf dem kriminellen
zu erreichen unmöglich ist: Die Vernichtung der Gewerk-
schaften, des Koalitionsrechtes überhaupt.

Im diesem Sinne werden die Scharfmacher auch im Reichstage
tätig sein. Und der Gesetzesentwurf der „verbündeten Regierungen“
scheint nach dem, was darüber „verlautbart“, eine ganz passende
Unterlage dazu abzugeben.

**Berliner Arbeitsverhältnisse —
in englischer Beleuchtung.**

Im vergangenen Sommer besuchten drei Engländer Berlin, um
die Lage der Arbeiter in der dortigen Gelbmetallindustrie zu studieren.
Das Resultat ihrer Studien liegt in Form einer 82 Seiten starken
Broschüre vor. * Mr. West ist ein Unternehmer. Er ist Leiter der
Firma West & Lloyd Limited und Vorsitzender des Unternehmer-
Verbandes für Inflation von Gas und elektrischen Licht; Mr.
DAVIS ist Sekretär des Messingarbeiter-Verbandes und Mr. PERK
scheint ein hervorragender Wohltätigkeitsmann der Stadt Birming-
ham zu sein. Nach der Vorrede war die Absicht der drei Herren,
zu untersuchen, ob die Lebensweise der Berliner Messingarbeiter
besser sei als die ihrer Kollegen in Birmingham. Sollte dies zu-
treffen, so wollten sie den Ursachen nachforschen und in Birmingham
darauf dringen, daß dort ebenfalls die Vorbedingungen zur Einführung
der nötigen Verbesserungen geschaffen werden. Sie rüsteten sich
zunächst mit den nötigen Empfehlungsbrieffen aus, die ihnen von dem
Stadtrat Dr. Münsterberg, dem Oberbürgermeister Dr. Kirchner
und dem Vorsitzenden der Berliner Verschönerungsanstalt, Dr. Richard
Freund, ausgestellt wurden. Sie kamen am 20. April in Berlin
an und blieben dort zehn Tage. Es ist erstaunlich, was sie alles
in dieser kurzen Zeit besucht und angesehen haben. Allerdings er-
klärt sich aus der Kürze ihres Besuches auch manches falsche Urteil,
das sie — besonders über die Arbeiterverhältnisse — in ihrem Bericht
abgeben. Selbst wenn man — was bei den Verfassern als selbst-
verständlich voraussehen dürfen — von dem besten Willen befehl
ist, in allen Dingen der Wahrheit auf den Grund zu kommen, braucht
man zu all dem, was sie sich vorgenommen hatten, doch unbedingt
mehr Zeit, als ihnen zur Verfügung stand. Besonders ist dies not-
wendig, wenn es sich darum handelt, Arbeiterverhältnisse zu studieren.
Über das, was in der Broschüre von den Berliner Arbeitern berichtet
wird, wird sich niemand mehr wundern als unsere Berliner Kollegen
selber.

Unter der Führung eines Herrn Weismenger, eines Berliner
Fabrikanten, besuchten sie eine Gemeindefschule und eine Fortbildungs-
schule, unter der Führung des Kollegen COHEN zwei Arbeiter-
wohnungen und eine Fabrik. Wie es scheint, haben sämtliche Aus-
leuchtspersonen sich ohne jede Ausnahme bemüht, ihnen alles von der
besten Seite zu zeigen. Dieses Bestreben ist ja weiter nichts böses,
führte aber doch dazu, von drei Besuchern, die die aus ihren Wahr-
nehmungen gezogenen Schlüsse doch unwillkürlich verallgemeinern
mußten, ganz falsche Vorstellungen von der Sachlage beizubringen.
Sind nun verschiedene vor Augen geführt worden, was nur als
besonders günstige Ausnahme gelten kann, was sie aber bei ihrer
mangelhaften Information für die Regel entsprechend halten mußten.
Von gegnerischer Seite ist dies auch schon ausgenutzt worden. Wir
werden noch auf Einzelheiten zurückkommen.

In Berlin sind ihnen natürlich zuerst die vielen Denkmäler
ausgefallen.

Der erste Abschnitt behandelt die Erziehung des Kindes
des Messingarbeiters. Zunächst konstatieren die Verfasser, daß
das Kind mehr unter der Aufsicht der Eltern ist als in Birmingham.
Sie besuchten eine Gemeindefschule in der Rigaerstraße, eine der
neuesten Schulen. Es fiel ihnen zunächst auf, daß sie „sowohl in
den Straßen als auch in den Schulen kein einziges unterernährtes
Kind gesehen haben“ (Seite 3) und daß sie sauber und gut gekleidet
in die Schule kommen müßten. Die Einrichtungen werden sehr
gelobt. Sonderbar klingt der Passus auf Seite 5: „Wenn Kinder
in irgend einer Beschäftigung während des Nachmittags zu arbeiten
wünschten, müssen sie von der Polizei die Erlaubnis dazu einholen.
In dieser Schule werden fünfzig bis zwanzig Knaben auf diese
Weise — meist als Laufburschen — beschäftigt, zehn bis fünfzehn
Mädchen als kleine Beaufsichtigterinnen von Kindern. Kein Kind
ist als Verkäufer von Zeitungen in den Straßen zu sehen.“

* R. H. Best, W. J. Davis and C. Perks: the Brassworkers of Berlin
and of Birmingham. A Comparison. London, P. S. King & Son, 1906,
Preis 1 Schilling.

Keinem jungen Mädchen (gemeint sind auch hier Kinder) wird von den Behörden erlaubt, auf der Straße Blumen zu verkaufen.

Das Fortbildungsschulwesen findet in den drei Verfassern begeisterte Bewunderer und sie wünschen nichts sehnlicher, als daß es in ihrer Heimat auch soweit vervollkommen werden möge.

Die Mitteilungen über den Militärdienst sind an mehr als einer Stelle grundfalsch. Schon das militärpflichtige Alter ist mit 18 Jahren unrichtig angegeben.

Die Mitteilungen über den Militärdienst sind an mehr als einer Stelle grundfalsch. Schon das militärpflichtige Alter ist mit 18 Jahren unrichtig angegeben.

Soweit wir darüber informiert sind, ist keiner der drei Verfasser der deutschen Sprache mächtig. Von dem, was ihnen mit Hilfe von Dolmetschern mitgeteilt worden ist, werden sie auch noch manches falsch verstanden haben.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Auch die zwei Arbeiterwohnungen, die besucht worden sind, gehören solchen Arbeitern, die man zu den besser situierten zählen muß.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet.

Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften.

Von Ernst Deinhardt.

In den deutschen Gewerkschaften macht sich ein steigendes Bedürfnis nach Anstellung besoldeter Beamten bemerkbar.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren.

wie gegen die Beamten überhaupt herrscht. So hatte sich die Zahl der Beamten in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden am Schlusse des Jahres 1904 gegenüber 1898 mehr als verdreifacht, und selbst gegenüber dem Jahre 1901 mehr als verdoppelt.

Organisation	1898		1899		1900		1901		1904	
	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte
Asphaltre	2593	1	3590	1	4585	4	6651	5	931	19
Bäder	1906	1	475	2	483	1	515	1	908	4
Bauhilfsarbeiter	7886	3	11150	17	17001	14	17500	14	39245	17
Bergarbeiter	27300	4	33050	3	26420	5	39042	9	75361	13
Bildhauer	3572	3	4094	3	4542	2	4412	3	4594	3
Blumenarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Böckler	4168	1	4920	1	5582	6	6298	2	6200	3
Brauereiarbeiter	7645	3	8681	3	11410	3	12121	2	18485	18
Buchbinder	6508	2	7631	2	10447	4	9971	4	15206	8
Buchdrucker	24020	4	26244	4	28338	7	30974	7	38976	6
Buchdr. Gl. -Gedr.	—	—	—	—	—	—	—	—	854	—
Buchdr.-Hilfsarbeit.	1333	—	1343	—	1452	3	1815	2	1082	7
Bureauangestellte	280	—	344	—	404	—	322	—	590	—
Backarbeiter	1800	3	2459	2	3169	3	2961	3	3573	3
Fabrikarbeiter	18172	2	22392	2	20847	4	1857	4	49181	24
Feldler	—	—	—	—	254	—	1494	1	2455	3
Fornstücker	245	—	344	—	384	—	355	—	494	2
Gärtner	360	1	300	1	358	1	321	1	3144	4
Galvanisiergeschiffen	1328	1	1387	1	1470	5	1950	5	2282	3
Gemeindearbeiter	1611	1	2571	1	4630	2	5176	2	12166	12
Glasarbeiter	3600	2	3628	2	7101	2	7591	2	5881	2
Glaser	1630	3	2400	3	2772	2	2595	2	3606	2
Grubenarbeiter	849	3	1006	3	1189	3	1489	6	2365	2
Hafenarbeiter	10037	1	8587	1	11411	3	13719	3	15654	8
Hdl.- u. Zerpstb.	5087	2	8790	3	17661	17	18274	25	38325	42
Handlungsgehilfen	300	—	500	1	750	3	900	1	3398	4
Handschuhmacher	347	3	341	3	345	3	349	2	4378	2
Häufelarbeiter	4888	4	62570	8	73723	29	79351	29	97705	61
Hutmacher	2488	1	2453	1	2629	2	2810	1	4269	1
Isolierarbeiter	440	1	661	1	786	1	814	1	2019	2
Kupferhammer	3267	2	3314	2	3432	2	3525	2	4241	2
Küchler	—	—	—	—	800	—	850	—	1085	—
Lagerhalter	315	—	334	—	436	—	625	—	1287	1
Lebendarbeiter	4826	1	5369	1	4709	1	4890	1	5473	2
Lithographen	4224	2	4621	2	5811	4	6390	4	10568	6
Maler	8291	3	9540	3	10906	4	11891	7	22850	16
Maschinenf.	3700	3	4600	3	5600	2	6000	2	8090	4
Maier	60175	3	74544	3	82004	20	89898	38	128850	64
Metallarbeiter	75431	6	85015	6	100762	26	102905	43	176221	135
Müller	1048	1	1304	1	1506	1	1838	1	3456	2
Notenstecher	—	—	—	—	—	—	—	—	266	—
Portier	—	—	—	—	—	—	—	—	1202	1
Porzellanarbeiter	8857	4	8669	4	9280	5	8702	5	8503	6
Sattler	2285	2	2824	2	3227	2	4241	2	1292	2
Schiffsbauarbeiter	1409	—	1588	—	2000	—	2063	—	2485	1
Schneide	3500	—	3350	—	3500	4	3692	4	12185	9
Schuhmacher	9495	2	12473	2	15633	8	16767	17	23422	23
Seebauarbeiter	14810	3	16922	3	19288	10	19587	10	25262	10
Seiler	1821	3	2222	2	2898	7	2986	7	3189	7
Seifenarbeiter	10030	2	10000	1	10000	3	9000	3	10121	3
Stenograph	2483	1	3397	1	4133	3	4014	3	5835	3
Straßenarbeiter	3000	3	3701	3	4500	4	4831	4	6948	4
Tabakarbeiter	18613	2	18401	3	18500	1	17777	1	19488	2
Tapezierer	2249	—	3525	—	4427	1	4411	3	5373	2
Taxidarbeiter	20067	2	27117	2	31233	5	28836	5	56368	21
Töpfer	4891	1	5765	2	6831	3	7584	4	10211	5
Verarbeiter	1000	2	1145	2	1352	6	1501	7	1710	2
Waldarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	875	1
Verarbeiter	2500	2	2748	2	3543	2	3668	1	3780	3
Verarbeitere	912	1	857	1	1031	1	1054	1	1471	1
Zimmerer	22104	3	23719	5	25272	11	24151	12	35891	28
Zirkulararbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	726	2
Insgesamt	493742	104	599473	108	690427	263	677510	324	1052108	677

Wir entnehmen diesen Artikel der neuesten Nummer der Sozialistischen Monatshefte.

	1896	1900	1904
Arbeiterunterstützung	298612	461028	646521
Arbeitslosenunterstützung	196078	501078	1599424
Krankensicherung	451481	658028	1416935
Invalidenunterstützung	—	119530	213626
Unzugs- und sonstige Unterstützungen	40278	206459	621700
Insgesamt	976447	1986141	4498515

1898 gab es dort nur 8 solcher Verwaltungsstellen, deren größte damals 800 Mitglieder zählte.

In der Gesamtmitgliedszahl des Jahres 1898 sind die Verbände der Former, Goldarbeiter, Holzschiffsarbeiter, in der des Jahres 1899 die der Former, in der des Jahres 1900 die der Former und Masseure, in der des Jahres 1901 die der Masseure mit eingerechnet, welche Verbände mittlerweile von den Organisationen der Metall-, Holz- und Gemeindefabrikarbeiter aufgekauft worden sind.

War die Anstellung einer größeren Zahl von Beamten für die Gewerkschaften aus den oben angegebenen Gründen eine zwingende Notwendigkeit, so hat sich in den letzten Jahren auch die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel immer mehr erwiesen.

Es ist nicht von ungefähr gekommen, daß die Gewerkschaften der Bäder, Bauhilfsarbeiter, Brauereiarbeiter, Fabrikarbeiter, Gemeindefabrikarbeiter, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sich in so günstiger Weise entwickelt haben, obwohl es sich bei ihnen um ein schwer zu organisierendes Arbeiterelement handelte.

Wir entnehmen diesen Artikel der neuesten Nummer der Sozialistischen Monatshefte. Über den Inhalt der Hefes befindet sich an anderer Stelle dieses Hefes eine informierende Notiz, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen.

4 Allerdings beziehen sich die Zahlen für die Jahre 1898 und 1899 nur auf die Beamten in der Zentralverwaltung; doch gab es in diesen Jahren erst wenig angestellte Sozial- und Baubeamte.

Neuerer Organisationen. So haben beispielsweise die Bauhilfs-
arbeiter die Vermehrung ihrer befohlenen Baubeamten um drei, die
Maler um sieben beschloffen; die Glasarbeiter und Lederarbeiter be-
schloffen: zwei Baubeamte anzustellen, die Zimmerer vollzogen die
Anstellung von fünf weiteren Baubeamten, die Tabalarbeiter wählten
zwei neue Vorstandsbeamte und ermachtigten ihren Vorstand zur An-
stellung von Baubeamten u. s. m. Alle diese Organisationen wissen
viel zu gut, das sie damit zur Festigung und zur weiteren gunstigen
Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung beitragen.

(Schluss folgt.)

Aus den einzelnen Branchen.

Konferenz der Elektromonteur Rheinland-Westfalens.

Duisburg. Am 19. November tagte hier eine Konferenz der
Elektromonteur, die als Fortsetzung der am 1. Oktober in Solingen
abgehaltenen Konferenz dieser Branche zu betrachten ist. Die Kon-
ferenz war durch Delegierte aus folgenden Orten besucht: Aachen,
Düsseldorf, Bonn, Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen,
Köln a. Rh. und Solingen. Das Organisationsverhältnis der ein-
zelnen Delegierten, soweit sie schon organisiert waren, ist dem
Deutschen Metallarbeiter-Verband gehörten 15, dem Hirsch-Dunderschen
Gewerbeverein 4 Delegierte, den Lokalorganisationen in Düssel-
feld, Köln, Dortmund, Duisburg und Solingen gehörten 7 Delegierte an.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzte eine lebhafte Geschäfts-
ordnungsdebatte wegen der Zulassung der Delegierten zu dieser
Konferenz ein. Durch Majoritätsbeschluß wurde folgender Antrag
angenommen: „Zugelassen zu dieser Konferenz werden nur die in
der elektrotechnischen Industrie beschäftigten Arbeiter, gleichviel ob
dieselben als Elektromonteur, Mechaniker oder in sonstigen Berufen
in der betreffenden Industrie tätig sind.“ Auf Grund der Annahme
dieses Antrags mußte Herr Braun aus Dortmund, Angestellter des
Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, seinen Platz am Vorstandstisch
verlassen, er erbat und erhielt aber von der Konferenz das Recht,
den Verhandlungen als Gast beizuwohnen.

Der einzige Punkt der Tagesordnung war: „Die Lohn- und
Arbeitsbedingungen der Elektromonteur“. Als Basis für die
Verhandlungen diente die auf der Solinger Konferenz angenommene
Resolution. Diese lautet: „In Anbetracht der Notwendigkeit, das
die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Elektromonteur einer Auf-
besserung bedürfen, erkennt die heute in Solingen tagende Konferenz
des Monteurvereins den Wert der gewerkschaftlichen Organisation
an und beauftragt die Vertreter der einzelnen Vereine, diesbezüglich
mit den in Frage kommenden Gewerkschaften in Verbindung zu treten.“
Mehrere Redner besprachen die ungunstigen Erwerbsverhältnisse der
Elektromonteur, den Sitzungsprotokoll dieser Kollegen scharf kritisch
besprechend. Die meisten Redner sprachen sich für den Anschluß an den Deutschen
Metallarbeiter-Verband aus, einzelne Kollegen plädierten für den
Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein. Ein Delegierter der Solinger
Lokalorganisation führte bittere, wie wir aber weiter sehen werden
vollkommen unberechtigte Klagen über den Kollegen Sandler in
Solingen. Er habe sich als Beauftragter der lokalorganisierten
Elektromonteur an Sandler, als Vertreter des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes, ebenso an den Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein,
zwecks Übertritt der betreffenden Kollegen in eine der genannten
Zentralorganisationen gewandt. Von dem Hirsch-Dunderschen Ge-
werbeverein habe er eine klare, bestimmte zusage erhalten,
dagegen sei Kollege Sandler, als Vertreter des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes, in seinem Antwortschreiben auf die gestellten
Frage wie die Sache um den heißen Brei herumgegangen. Nach
Verlesung sämtlicher diesbezüglich gewechselter Schriftsätze durch den
Delegierten der Solinger lokalorganisierten Elektromonteur ging aus
dem zur Verlesung gelangten Antwortschreiben Sandler zum Groben
hervor, das derselbe, auf den Übertrittsbestimmungen unseres Statuts
basierend, sämtliche in dem fraglichen Schreiben gestellte Fragen in
harter Weise beantwortet hatte. Ein ähnlicher Vorwurf wie gegen
Sandler wurde von einem Kollegen der Duisburger lokalorganisierten
Elektromonteur gegen die vor zirka einem Jahre amtierende Orts-
verwaltung der Zählstelle Duisburg des Deutschen Metallarbeiter-
Verbandes erhoben. Nach gegenseitiger Aussprache mit einem anderen
Duisburger Delegierten, der Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-
Verbandes ist, trat der Vorstand der Duisburger lokalorganisierten
Elektromonteur in nochmalige Übertrittsverhandlungen mit den
Organen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein. Der Delegierte
der lokalorganisierten Elektromonteur von Köln a. Rh. gab namens
seiner Organisation folgende Erklärung ab: „In Erwägung, das
wir in unserem Verein gute Verhältnisse, eine schöne Bibliothek,
gute fachwissenschaftliche Vorträge und das Arrangement von Fach-
exkursionen haben, sehen wir vorläufig von einem Übertritt zu einer
Zentralorganisation ab. Der Kölner Monteurverein erklärt sich des
weiteren mit den Tendenzen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
einverstanden.“

Zum Schluß der Tagung gelangte nachfolgende Resolution mit
21 gegen 6 Stimmen zur Annahme: „Die heute in Duisburg tagende
Konferenz der Elektromonteur von Rheinland und Westfalen hat
aus den Verhandlungen die Überzeugung gewonnen, das zur Er-
ringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur eine Kampf-
organisation in Frage kommt. Sie sieht in der Aufspaltung in
kleinen Organisationen und in Lokalvereinen eine Gefahr für die
gehörliche Förderung unserer Interessen und empfiehlt darum den
noch außenstehenden Elektromonteur den Anschluß an den Deutschen
Metallarbeiter-Verband.“

Das vitalste Interesse der Elektromonteur verlangt, das die-
selben den Beschlüssen dieser Konferenz nachkommen. Deshalb,
Kollegen: Ginein in die Kampforganisation, den Deutschen Metall-
arbeiter-Verbande, auch selbst zum Schutz, den Unternehmern zum
Trotz!

S. D.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Am Freitag zu vermeiden und eine geregelte Ver-
tragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt
das mit Sonntag dem 10. Dezember der 50. Wochenbeitrag für
die Zeit vom 10. bis 16. Dezember 1905 fällig ist.

Da die Protokolle der Formerkonferenz vom 10. Juni bereits
vergriffen sind, weitere Bestellungen aber täglich eintreffen, so er-
suchen wir die Verwaltungen, die noch Bedarf haben, dies bis
spätestens 15. dieses Monats mitzuteilen, damit eine eventuelle Neu-
auflage danach bemessen werden kann. Da die Versicherungen nur
gegen Voreinsendung des Betrags erfolgen, ersuchen wir diesen mit
der Bestellung einzusenden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3
des Verbandsstatuts gestattet:
Der Einzelmitgliedenschaft Grötsch ab 1. Januar 1906 pro Woche
und Mitglied 5 Pf.
Der Verwaltungsjahre Mühlhausen i. G. pro Woche und Mit-
glied 5 Pf.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung
Kontingenzrechte zur Folge.

Angehörigen aus dem Verband werden nach § 2
Abs. 2 des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitgliedenschaft Chemnitz:
Der Metallarbeiter Ernst Richard Lindner, geb. am 26. April 1871
zu Göggenort, Buch-Nr. 861164, wegen unkollegialen Ver-
haltens und Demagogik.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg:

Der Schlosser Friß Rindel, geb. am 15. Mai 1863 zu Zabitz,
Buch-Nr. 814651; Rindel hatte vor Erwerbung seiner Mit-
gliedschaft Streitbruch verübt.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Königsberg i. Pr.:

Der Schlosser Rob. Sudau, geb. 13. August 1876 zu Pillau II,
Buch-Nr. 820169, wegen Veruntreuung von Verbandsgebern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach:

Die Beschneiderin Lona Nerkke, geb. am 7. Juni 1864 zu
Schwabach, Buch-Nr. 181336, wegen Sperrebruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich
wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu
rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander er-
scheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird,
erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweidnitz i. Schl.:

Der Feilenhauer Paul Gmalb, geb. am 18. September 1864
zu Volkenheim, Buch-Nr. 862097 wegen Schädigung der Ver-
bandsinteressen und unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwerin:

Der Schlosser Alexander Reichart, geb. am 1. März 1863 zu
Zeitz, Buch-Nr. 874769, wegen bringendem Verdacht der Be-
fehligung seines Schlastkollegen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Osterholz-Scharmbeck:

Der Former Paul Wende, geb. am 2. März 1884 zu Lorenzdorf,
Buch-Nr. 829309 wegen Logischwindeln und Betrüg.

Gerügt werden:

Auf Antrag der Untersuchungskommission und der Verwal-
tungsstelle in Fürstentum:
Die Klempner Richard Schreiber und Richard Lürschmann
wegen Nichterhaltung eines Werkstattbeschlusses betreffend
die Verweigerung von Überstunden.

Der Brüdenschlosser Nikolaus Kern, dessen Militärpapiere
durch das Bezirkskommando in Vorrach an uns eingekandt wurden,
wird hierdurch aufgefordert, dieselben einzuverlangen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16 b
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür
das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 30. November 1905 bei der Hauptkasse
eingegangenen Verbandsgehälter.

- Von: Aachen 900. Altona 118,74. Altenburg 1600. Alt-
wasser 150. Altrern 100. Alkersleben 1000. Alze 800. Auerbach 100.
Augsburg 2400. Baden-Bader 160. Bangen 600. Bergedorf 320.
Berlin 90150,20. Bielefeld 1700. Bismarck 100. Bochum 800.
Brandenburg 5000. Bremen 3200. Bremerhaven 3600. Breslau 10000.
Burgstädt 400. Chemnitz 15000. Czinmützhau 600. Danzig 828.
Darmstadt 1500. Dassel 100. Dessau 1900. Detmold 60. Differ-
dingen 200. Döbeln 1000. Dortmund 1700. Dresden 12850.
Dülken 230. Duisburg 500. Durlach 800. Düren 50. Eilenburg 150.
Eintracht 100. Eisenach 1200. Elbing 300. Esterwerda 100. Erfurt
300. Eßen 6000. Eßlingen 1800. Fürstentum 300. Glensburg 1600.
Gort 100. Frankfurt 1000. Freiberg 150. Freiburg i. Schl. 350.
Fürstentum 600. Gelsenkirchen 600. Gevelsberg 2000. Gießen 1000.
Glauchau 200. Gmund 300. Görlich 2300. Götting 200. Greif-
swald 180. Greiz 200. Grötschen 538. Großschmied 300. Gröna 300.
Güterburg 200. Habersleben 173,21. Hagen 1500. Halle 3600. Ham-
burg 15000. Harnau 300. Hanau 600. Hannover 6400. Har-
burg 1550. Harzgerode 1055,18. Höchst 200. Hohenstein-Grün-
thal 280. Ingolstadt 200. Jberloh 600. Jberhoe 380. Jauer 100.
Jena, Altg. 500. Mecklenburg 500. Kaiserslautern 500. Kiel 4800.
Koburg 0,40. Kolmar 100. Köln 6000. Königsberg 1000. Köslin 200.
Koswig 100. Krefeld 100. Kronenberg, Schleier 150. Kufm-
bach 100. Lagerdorf 400. Leer 400. Leipzig 15650. Leisnig 200.
Liegau 600. Limbach 350. Lindau 100. Lötzbach 100. Lübeck 3200.
Lübzig 104,60. Ludenwalde 900. Ludwigshafen 2400. Magdeburg
11000. Mainz 600. Mannheim 5500. Meerane 500. Merseburg 500.
Minden 263,60. Mittweida 200. Mügeln 2200. Mundenheim 350.
Meißen 100. Neugersdorf 300. Neumarkt 100. Neumünster 250.
Neustadt a. D. 100. Nordhausen 200. Norden 300. Roffen 100.
Rottweil 200. Rüdgersheim 430. Rüdruß 30. Oldenburg 200. Olders-
leben 160. Osterholz-Scharmbeck 400. Penig 400. Pforzheim 800.
Planen 200. Pries 800. Queis 100. Radeberg 350. Rastatt 100.
Rathenow 800. Ratingen 150. Ravensburg 50. Reichenbach 200.
Reichenhall 100. Reichenbach 1600. Rößlau 250. Rostock 800. Saal-
feld 800. Salzgitter 50. Sangerhausen 250. Siegmund 400. Seifz 75,36.
Spremberg 200. Suhl und Umgebung 745,50. Schmalfelden 200.
Schneeberg 700. Schnefeln 150. Schweidnitz 300. Schweinfurt 400.
Schwennigen 400. Stettin 2600. Stralsund 1000. Striegau 237,56.
Stuttgart 4000. Torgelose 400. Teichberg 280. Uetzingen 117,25.
Ulm 400. Wegefeld 800. Wehbach 29,90. Weisenfels 200. Wies-
baden 800. Wismar 300. Wittenberg 200. Wolgast 200. Würzen 200.
Zeitz 400. Zwickau 1000. Zwickau 350. Einzelmitglied der Haupt-
kasse 500. Für Gesandte 3413. Zurückbezahltes Darlehen von
der Verwaltungsstelle Berlin 32500. Zurückbezahlte Schuld von W.
Bisner, Konpans, a. Sonstige Einnahmen der Hauptkasse 13,10.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Ein-
sender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vor-
stehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände so-
fort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Archern, Formern und Schlossern nach Norden S.;
von Drechern, Brückern, Giechern, Gärtlern, Montieren,
Schleifern und Hefelern nach Turg-Vogelsang, Kanton
Argau, Schweiz (Firma Gsoll & Cie.) S.;
von Drechern, Giechern, Gärtlern, Polierern, Schleifern und
Hefelern nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma
Estrach) S.;
von Formern, Eisengießerarbeitern und Schmiedern nach
Penig (Maschinenfabrik A. G.) S.; nach Plauen (Veyer & Zeitz) S.;
nach St. Georgen (Eisengießerei St. Georgen) S.; nach
Tangermünde (Germann Benjam & Co.) S.; nach Weibert
S.; nach Vervigerode (Liders) S.;
von Grabmalern nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägenstalt
Schwerdt, Joh. B. Bell) S.;
von Gärtlern, Brückern, Schleifern und Sauerern nach Erfurt-
Lovershofen (Kampfabrik Löbelmann & Grimm) S.;
nach Obererfel (Häring Metallwarenfabrik);
von Klempnern, Blechballagelarbeitern und Arbeiterinnen
nach Braunschweig (Unger u. S. & Kunge) S.; nach Stuttgart
(Gasmaschinenfabrik Braun & Co.) S.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Bangen (Firma Walter)
S.; nach Basel, Schweiz (besonders Maschinenfabrik Merz)
S.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik
Müller & Co.) S.; nach Burgstädt bei Chemnitz (Stanzwerk
Aktien-Gesellschaft) S.; nach Merseburg (Arbeitsvertrieb Jul.
Blau & Co.) S.; nach Oberstein a. R. (Firma S. Hammel)

- D.; nach Solingen; nach St. Blaise, Schweiz, (Automobil-
fabrik A. G. vormals Martini & Co.); nach Lun, Schweiz
(Metallwerke Seloe) S.; nach Löss bei Winterthur (Maschinen-
fabrik Nider & Co.); nach Wetter a. d. R. (Gussstahlwerk
Schulte) S.; nach Wismar (Maschinenfabrik Raulf & Sohn)
S.; nach Zwickau (Firma Dittler) S.;
von Schlägereiarbeitern nach Solingen S.;
von Schlossern nach Esterwerda (Fahrradwerke) S.; nach
Spremberg (Reparaturschlosser) D.; nach Stuttgart (Kunst-
und Bauhölzerfabrik von Stähler) D.; nach Zürich (Firma
Raffen-Bauer, Raffen-Schwager, Schäppi-Schweizer und Bünter
& Cie., Ofenfabrik);
von Schlossbauern nach Großsch b. Leipzig;
von Hefelern nach Stuttgart (Hafis & Hahn) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die über-
haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn-
bewegung; A.: Aufsperung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung;
Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akford-Reduktion; F.: Einführung
einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen An-
kündigungen im Beiracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich
zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Be-
vollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen
Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be-
steht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Former.

Osnabrück. Seit dem 30. November stehen die Former der
Firma H. W. Drtmann im Streit. So einmütig, wie am 15. No-
vember die Kündigung eingereicht wurde, legen dann auch am
29. November die Kollegen die Arbeit nieder. Der erste Erfolg für
die Streikenden ist bis jetzt trotz aller Bemühungen der Firma aus-
geblieben. Die schon vor Wochen angekündigten Arbeitswilligen,
die nur auf den Ablauf der Kündigungsfrist warten, um dann
sodort die Klage der Streikenden einzuziehen, haben nur in der
Phantasie des Herrn Hansen existiert. Wenn der Zugang nach hier
freigehalten wird, kann der Streik nur von kurzer Dauer
sein. Die angekündigte Kündigung der Schlosser und Dreher,
wenn sie nicht schriftlich ihren Austritt aus dem Deutschen Metall-
arbeiter-Verband erklärt, ist nicht erfolgt. Herr Hansen hat sich
die Sache noch rechtzeitig überlegt und den Ufas zurückgenommen.

Metallarbeiter.

Ahlen i. Westf. Wir erhielten zu der Korrespondenz in Nr. 46
folgende Zuschrift: „Ahlen i. Westf., den 25. November 1905. An die
Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart. Auf Grund des
Beschreibes ersuchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung:
Eine Firma Wynus vormals J. & H. Kerkmann gibt es nicht, sondern
wohl eine Firma Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktien-
gesellschaft, vormals J. & H. Kerkmann und eine Firma Heinrich
Kerkmann sen., Inhaber Ehrenberg & Co., dessen Betriebsleiter der
Produktionsdirektor ist. Die genannten Firmen sind von uns auf-
gegeben und haben mit der genannten Firma kein Kerkmann sen.
nichts zu tun. Es ist überhaupt in dem fraglichen Artikel alles
wird durcheinander geworfen und für den Uneingeweihten unmöglich
zu finden, welche Firma eigentlich gemeint ist. Wir bitten um
Richtigstellung unter Zuendung einer Belegnummer. Hochachtung!
Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktiengesellschaft, vormals J.
& H. Kerkmann. Notiz zu Ihrer Information! Sie haben auch
die Firma Rollmann & Lohar in Rollmann & Lohar verdrückt.
Jedenfalls werden bei uns die Arbeiter nicht schlechter behandelt
und bezahlt, wie bei den von Ihnen genannten Firmen. Wenn Miß-
stände bei den Firmen H. Kerkmann sen. und Gebrüder Seiler vor-
handen sind, so dürfte es jedenfalls am besten sein, wenn sich die
Arbeiter, eventuell durch Sie, an den Vorstand des Arbeitgebervereins
wenden würden, dessen Zeitung jedenfalls über jeden Verdacht der
Parteilichkeit erhaben steht und würde dann von dieser Seite auf
die genannten Firmen eingewirkt werden, damit derartige Mißstände
behalten werden. Jedenfalls scheint aber Ihr Korrespondent mit
den einschlägigen Verhältnissen wenig vertraut zu sein, sonst hätte
er Ihnen zum mindesten doch die Namen der Firmen richtig nennen
müssen. Wir sehen Ihrer umgehenden Nachricht entgegen. Wieder-
holt hochachtungsvoll! D. D.“ — Wir haben hierzu zu bemerken,
das unser Ahlener Korrespondent sehr genau mit den einschlägigen Ver-
hältnissen vertraut ist. Und wenn schon in der in Nr. 46 unserer
Zeitung abgedruckten Kritik der Ahlener Fabrikanten die Firmen
H. Kerkmann sen. und Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktien-
gesellschaft, vormals J. & H. Kerkmann, manchmal durcheinander-
gewürfelt worden sind, so scheint uns das mehr auf eine niedliche
Voreinstellung unseres Korrespondenten hinauszulaufen, als auf Unkenntnis
der einschlägigen Verhältnisse. Beide Betriebe sollen nämlich, was
die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrifft, zum Vergleich ähnlich
sein, und was von der „Firma Wienbus“ gesagt wurde, trifft zum
großen Teil auch auf die „Aktien“ zu. („Wienbus“ ist die in Ahlen
übliche Bezeichnung für die Firma H. Kerkmann sen., während die
„Aktien“ der allgemeine Ausdruck für J. & H. Kerkmann, Aktien-
gesellschaft, ist.) Freut hat es uns, das die Firma vormals J. &
H. Kerkmann empfiehlt, die Beschwerden der Arbeiter durch uns dem
Vorstand des Ahlener Arbeitgebervereins zu übermitteln. Bedeudet
das doch nichts mehr und nichts weniger als die — wenn auch ver-
schämte — Anerkennung der Organisation! Vor einem Jahre
pfiß der Wind noch aus einem ganz anderen Lande, was folgende
Schriftstücke beweisen mögen. In den Zeitungen wurden im De-
zember 1904 von der Firma vormals J. & H. Kerkmann, Aktien-
gesellschaft, tüchtige Schnittmacher gesucht. Auf eine Werbung
erhielt eines unserer Mitglieder eine Karte des Inhaltes: „Ahlen,
den 24. Dezember 1904. Herrn Bielefeld. Wir erhielten
Ihre gestrige Karte und erwidern Ihnen, das Sie bei uns eintreten
können, wenn Sie fleißig sind und keiner Generalfabrik angehören,
da wir gewerkschaftlich organisierte Leute nicht beschäftigen. Den
Lohn können wir Ihnen vorher nicht mitteilen, da sich dieser ganz
nach Ihren Leistungen richten würde. Hochachtungsvoll! Westfälische
Stanz- und Emailierwerke, Aktiengesellschaft, vormals J. & H. Ker-
mann. (Unterschrift unleserlich).“ Als unser Kollege daraufhin mit-
teilte, das er die Stellung antreten würde, wenn die Firma seiner
Arbeitgebervereinigung angehöre, „da er bei organisierten Firmen
nicht arbeite“ — da schrieb die Firma vormals J. & H. Kerkmann
folgendes: „Ahlen, den 29. Dezember 1904. Herrn Schlosser
. Bielefeld. Im Befehl Ihrer gestrigen Karte verzeihen wir
auf Ihre Dienste. Sämtliche Werke in Ahlen gehören dem Fabri-
kantenverein an, da sich sonst vor den Anforderungen der Arbeiter
niemand schützen kann. Achtungsvoll! Westfälische Stanz- und
Emailierwerke, vormals J. & H. Kerkmann. (Unterschrift unleser-
lich).“ — Wie gesagt, wir begründen den Fortschritt in den An-
schauungen der Firma vormals J. & H. Kerkmann und werden
nicht verfehlen, die vorhandenen Mißstände dem Vorstand des Ar-
beitgebervereins zur Kenntnis zu bringen. Wir werden dann ja
sehen, ob der Vorstand des Arbeitgebervereins „unparteiisch“ genug
ist, sich der Beschwerden der Arbeiter anzunehmen.

Hagen. In der am 25. November abgehaltenen Mitglieder-
versammlung stand unter anderem die Errichtung eines Arbeiter-
sekretariats zur Debatte. Einstimmig war man der Meinung, das
die Errichtung eines solchen Instituts für Hagen unumgänglich
notwendig sei. Es erklärten sich alle Mitglieder bereit, dafür einen
wöchentlichen Beitrag zu bezahlen.

Köln-Kalk. Das am 29. Oktober 1905 bei Nied in Kalk tagende
Scheidungsgericht beschloß, dem Kesselschmied Arnold Undermahr
(Buch-Nr. 601933) wegen großer Verfehle gegen die Interessen des
Verbandes und der Kollegialität im allgemeinen eine öffentliche Klage
zu erteilen. J. A. H. Kempkens.

Ludwigsburg. In der am 19. November abgehaltenen öffent-
lichen Metallarbeiterversammlung sprach Kollege Feuchter über die

Mißstände in der hiesigen Metallindustrie. Der Referent unterzog zuerst die Lage der Arbeiter im allgemeinen eine Betrachtung und ging dann auf die Mißstände in einzelnen Betrieben ein. Genannt wurden die Firmen: Karl Otting, Walter & Co., Hackpiel, Dietrich, Karl Weis & Co., G. W. Barth, Fried. Bei der Firma Fried ist für 35 Personen nur ein Abort vorhanden, der sehr selten gereinigt wird. Ankleideräume sind in den hiesigen Betrieben unbekannt; zum Aufbewahren der Kleider dienen Kästen, bei Fried aber ein Nagel in der Wand. Als Waschrichtungen werden hier Wassereimer und alte Töpfe betrachtet. Mit der Ventilation steht es schlecht, bei Hackpiel, Dietrich, Weis und Fried wird sie durch offene Fenster ersetzt. An Schutzvorrichtungen fehlt es bei Dietrich und bei Barth. Bei Hackpiel herrscht das Antreibesystem. Die Böden sind hier im großen ganzen nicht gut, aber die Firma Dietrich bezahlt gelernten Arbeitern 15 bis 30 Pf. die Stunde, in Alford kann man es auf 37 Pf. bringen, ungelernete Arbeiter erhalten 16 bis 24 Pf. Überstunden werden bei Hackpiel, Dietrich und Barth regelmäßig, bei Fried zeitweise gemacht. Bei Fried wird dafür kein Zuschlag bezahlt, bei Barth 20 Prozent. Bei Hackpiel gibt es nur für die Sonntagsarbeit der Gießerei Zuschlag. Bei Barth wurde auch Sonntags gearbeitet, weshalb es wegen Übertretung der Gewerbeordnung Strafbefehle gab. Bei Barth ist der Kran in der Gießerei in sehr gebrechlichem Zustand. Bei Weis & Co. sind Ofen und Abort ohne Beleuchtung. — Am Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Referats erklärte Redner noch die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und forderte die Anwesenden auf, sich diesem anzuschließen, da nur durch eine starke Organisation die geschilderten Mißstände beseitigt werden könnten.

Weinzierhagen. Vor kurzer Zeit hatten hier mehrere Kollegen die „Dreißigkeit“, eine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu gründen. Das paßt nun selbstverständlich gewissen Leuten gar nicht. Man sucht uns möglichst am Zeuge zu fassen, dagegen werden den Hirsch-Dunderschen keinerlei Schwierigkeiten gemacht, diesen wird alle Freiheit gewährt und ihnen noch dazu Vorschub geleistet. Natürlich, brave Kinder müssen „belohnt“ werden. Wie man uns bekämpft, dafür zeugt die Tatsache, daß man sich nicht scheute, den Hausherrn eines Kollegen aufzufordern, ihm die Wohnung zu kündigen. Einem anderen Kollegen wurde angedroht: entlage er dem Verband nicht, so würde er zum Militär eingezogen. (Er war auf Reklamation seiner Mutter frei gekommen.) Auch in den Fabriken werden unsere Kollegen nicht verschont, doch scheiterten bisher alle Bemühungen „guter Freunde“ an der Humanität des Unternehmers. Die Steine, die man uns hier in den Weg legt, werden wir sammeln und es wird gewiß die Zeit kommen, wo sie unseren Widersachern lästig werden. Wägen sich diese in acht nehmen, daß sie nicht darüber stolpern. Unsere Kollegen ersuchen wir, sich durch nichts beirren zu lassen, sondern unentwegt für die Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein.

Meißen. (Christliches.) Die christlichen Brüder haben vor circa 14 Tagen in Meißen eine Zahlstelle errichtet. Als Vater dieser Lodgeburde dürfte der hiesige katholische Pfarrer in Betracht kommen. Die Gründung erfolgte im katholischen Kasino. Hierbei soll über Zweck und Nutzen der Organisation unter Wahrung der Religion viel und teilweise auch sehr schönes gesprochen worden sein. So habe es der Herr Pfarrer als eine „große Sünde“ hingestellt, wenn Leute dort arbeiten, wo ihre Kollegen im Streik stehen. Der geistliche Herr hätte gerade jetzt in Meißen Gelegenheit, anlässlich des Schuhmacherstreiks bei Preuß & Möbbs, wo fast ausschließlich böhmische Arbeiter und nebenbei gute Katholiken als Arbeitswillige — circa 40 Mann — arbeiten, diese Leute auf das eindringliche ihres Zuns aufmerksam zu machen. Von einem derartigen Versuch ist uns bisher nichts bekannt geworden. Jedenfalls wird aber in Meißen recht wenig von diesen christlichen Gewerkschaftshelmen zu spüren sein. In Meißen ist kein Boden für derartige Nach-Organisierungen. Hier dominieren die freien Gewerkschaften, und alle Versuche, diesen den Wind aus den Segeln zu nehmen, sind vergeblich.

Neuwied a. Rh. Eine von der hiesigen Verwaltungsstelle am 12. November in Sagn abgehaltene Versammlung, in der Kollege Dismann aus Frankfurt a. M. über das Thema: „Wie kann dem industriellen Arbeiter geholfen werden?“ sprach, war von den Arbeitern der Contordia- und Sagner-Hütte gut besucht. Kollege Dismann erledigte sich seines Referats in feiner und leicht verständlicher Weise. Redner erläuterte nach allgemeinen Betrachtungen über die Lage der Arbeiter die Bedeutung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und seine Ziele. Dann ging er die verschiedenen Unterstützungszweige durch und legte klar und deutlich dar, was der Verband für die 50 Pf. Wochenbeitrag an seine Mitglieder leistet. Das Geld gehe den Kollegen nicht verloren, sie legten es sozusagen in eine Sparkasse. An der Diskussion beteiligten sich auch einige Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts. Sie waren mit den Ausführungen Dismanns ziemlich einverstanden, meinten jedoch, ihre Organisation wahre ebenso gut die Interessen der Metallarbeiter, wenn auch auf „gütlichem Wege“. Auch hätte der Referent in vielem zu schwarz gemalt. Sie gaben dann noch einen Schreckschuss damit ab: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sei ein sozialdemokratischer Verein. Den guten Leuten wurde von einigen unserer Kollegen und dann von Dismann die Meinung so gut gesagt, daß sie wohl eingesehen haben, daß bei uns ihre Befehrsversuche aussichtslos sind. Wir rufen hiermit den uns hier noch fernstehenden Kollegen zu: Organisiert euch, tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Denn nur mit einer starken und kräftigen Organisation ist es uns möglich, bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Oberursel. Die Verhältnisse in der Thüringer Metallwarenfabrik auf der Hohen Mark bei Oberursel lassen viel zu wünschen übrig. Die Firma hat schon durch ihre Inzestive Arbeiter aus allen Gegenden, sogar aus Österreich hergelockt und sie nach ganz kurzer Zeit aus Mangel an Arbeit wieder entlassen. So ging es einem Stanger aus Ungarn, der kaum acht Tage da war und wieder aufhören mußte; so ging es mehreren Österreichern, die auf die Verpfechtungen des Direktors hin gleich ihre Familien mitgebracht hatten und, nachdem sie zwei Monate da gearbeitet hatten, wieder aufhören mußten. Da die Geldmittel durch die weite Reise vollständig erschöpft waren, und sie sich auch in der kurzen Zeit und bei den niederen Löhnen nichts ersparen konnten, so fanden sie bei ihrer Entlassung vollständig mittellos da. Der vom Herrn Direktor so viel geschmähte Verband mußte sich ihrer annehmen, damit sie wieder in die Heimat reisen konnten. Auch sonst sind die Verhältnisse in dieser Fabrik nicht wie sie sein sollten. Daß die ärgsten Mißstände, die dort anfangs herrschten, abgeschafft wurden, daran waren die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schuld. Diese haben sich denn auch den Hof des Herrn Direktors zugezogen, und die Mitglieder des Arbeiterausschusses und die Vertrauensleute des Verbandes wurden nach und nach auf die Straße gesetzt. Wenn jemand das Amt als Vertrauensmann übernimmt, so konnte er sicher sein, in ganz kurzer Zeit entlassen zu werden. Ja, der Herr Direktor Adam ist persönlich zu den Arbeitern gegangen und hat sie aufgefordert, aus dem Verband auszutreten, und als sie sich weigerten, mußten sie aufhören. Was hat er damit erzielt? Den Sommer über arbeitete die Firma mit etwa 50 Personen, jetzt hat sie noch 9 männliche und 10 weibliche, darunter keinen einzigen Drücker. Der angehende Werkmeister Kiefer, der vielleicht einmal einen Drücker hat arbeiten sehen, macht jetzt die ganze Druckerei und arbeitet an einem Stück ein bis zwei Tage. Daß unter diesen Umständen der Betrieb nicht prosperieren kann, liegt auf der Hand. Und das alles, weil der Herr Direktor keine Organisation leiden kann! Warum will er den Arbeitern das Recht vorenthalten, das er selbst für sich in Anspruch nimmt? Ist er nicht Mitglied des Metallindustriellen Verbandes? Wir können dem Herrn Direktor versichern, daß sich mit den organisierten Arbeitern ganz gut arbeiten läßt, wenn man sie nur anständig behandelt und bezahlt. Er braucht dann nicht für den Schlingen, Stützart u. f. w. seine Beamten zu schicken, um Arbeiter zu suchen. Wir bitten, den Zugang von Stängern, Gütlern, Schleifern, ganz besonders aber von Drückern von Oberursel fern-

zuhalten; vielleicht sieht man auch endlich den Herr Direktor Adam ein, daß man auch die Rechte des Arbeiters respektieren muß.

Pirna a. S. Die hiesigen Metallarbeiter, die unter geradezu erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu leiden haben, sind in eine Bewegung eingetreten, um wenigstens vorläufig die größten Mißstände abzuschaffen. Die Metallarbeiter aller Branchen werden dringend ersucht, Pirna bis auf weiteres streng zu meiden, es ist die Sperre über sämtliche Betriebe verhängt.

Singen. Die Organisation der Metallarbeiter läßt hier noch viel zu wünschen übrig. Viele Kollegen, besonders die einheimischen, haben eine große Angst vor ihrer Betriebsleitung und getrauen sich deshalb nicht, sich uns anzuschließen. Ein weiterer Hemmschuh ist das hiesige christliche Sonderorganisationchen. Kann dieses selbst auch nur vegetieren, so muß es uns doch Prügel zwischen die Füße zu werfen. Kürzlich verbreiteten diese „Christen“ ein Flugblatt, in dem die größten Lügen und Entstellungen über die freien Gewerkschaften und besonders über den Deutschen Metallarbeiter-Verband enthalten sind. Unter solchen Umständen ist an eine Verbesserung der traurigen Arbeitsverhältnisse der hiesigen Metallarbeiter nicht zu denken. Die Kollegen müssen sich deshalb endlich aufraffen und allen Widersachern die Stirne zeigen. So wie bisher darf es hier nicht weitergehen. Wir rufen zunächst unsere Mitglieder, die Versammlungen fleißig zu besuchen, von denen die nächste am 9. Dezember stattfindet.

Sinn. In der Drahtzieherei der Firma Haas & Sohn, Neuhofnungshütte, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang fernhalten.

Solingen. Zu dem Umwandlungsprozeß, in dem sich die hiesigen Lokalgewerkschaften befinden, äußert sich ein hiesiges bürgerliches Blatt in einer Weise, die es verdient, einer breiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Diese Äußerung ist um so beachtenswerter, als gerade die bürgerliche Presse meinte, so ein Art Protektorat über die genannten Gewerkschaften ausüben zu können. Das Blatt schreibt folgendes: „Seitdem der Metallarbeiter-Verband hier festen Fuß gefaßt hat, ist der Kampf um die Organisationsform in den hiesigen Gewerkschaften recht lebhaft in die Erscheinung getreten. Ist er auch vorläufig noch nicht entschieden, und neigt der Sieg noch immer unseren alten lokalen Gewerkschaften zu, so kann man doch sehen, wie von beiden Seiten, vom Metallarbeiter-Verband sowohl, wie von den lokalen Organisationen alle Kräfte zur Agitation angeporrt werden, um die Herrschaft zu gewinnen. Es muß zugegeben werden, daß der Metallarbeiter-Verband hier in den letzten Jahren rapide Fortschritte gemacht hat und auch anfängt, in den Lokalgewerkschaften einzelne Anhänger zu finden. Wenn wir nun nach der Ursache forschen, welche den Metallarbeiter-Verband so große Fortschritte machen ließ, so finden wir dieselbe in der technischen Entwicklung und Vervollkommenung der hiesigen Industrie. Den Lokalgewerkschaften kann der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie dieser Entwicklung zu lange untätig zugehört haben und es verabsäumten, den durch die technische Entwicklung neu herangezogenen, ungeschulten Arbeitern ihre Reihen zu öffnen. Durch diese Untätigkeit aber ist unseren alten Organisationen ein schlimmer Feind entstanden. Wir wollen in Nachstehenden versuchen, den Beweis zu führen, daß unsere Ansicht richtig ist. Bis zum Jahre 1848 hatten die in der hiesigen Industrie so mächtigen Zünfte ihre ungeschwächte Kraft, dann trat der Zerfall ein und sie wurden machtlos. Zugleich folgte aber die Umwandlung der Hausbetriebe in Fabrikbetriebe. Langsam lösten sich die damaligen Hausbetriebe vereinzelt auf und an ihre Stelle traten kleinere Fabrikbetriebe. Am Ende der sechziger Jahre war schon eine größere Anzahl von Fabrikbetrieben vorhanden. Mit Anfang der siebziger Jahre trat eine mächtige Umwälzung in der Industrie ein. Waren bisher die Messer und Scheren ausnahmslos geschmiedet worden, so wurden jetzt die ersten Versuche mit dem Schlagen von Messern und Scheren gemacht. Die Firma Henschel hatte bereits Anfang der sechziger Jahre eine Messerschlägerei. In einigen Jahren waren schon bedeutende Schlägereien mit ganz vorzüglichen Einrichtungen entstanden. Die bis dahin selbständigen Schmiedemeister, die in ihren Hausbetrieben die Ware bis zum Schleifen fertiggestellt hatten, wurden, soweit sie selbst nicht kapitalkräftig genug waren, um ihre Betriebe nach der neuen Richtung hin umzumodeln, in die Schlägereien hineingedrängt und Fabrikarbeiter. Viele wurden, da der Bedarf infolge der neuen technischen Einrichtungen schneller gedeckt werden konnte, arbeitslos. Da steigerte sich in der Gründerperiode der siebziger Jahre die Nachfrage nach Ware so stark, daß der Bedarf mit den reduzierten Arbeitskräften nicht gedeckt werden konnte. Jetzt gingen Schlägereibesitzer dazu über, auch ungeschulte Kräfte anzustellen, denen sie die mechanischen Arbeiten, die keine Schulung erforderten, übertrugen. Diese Arbeiter, die aber im Laufe der Jahre an Zahl die früheren geschulten Schmiede übertrafen, wurden von den alten geschulten Arbeitern über die Schulter angesehen und nicht für ebenbürtig gehalten. Das war ein großer Fehler, der sich noch heute an den Lokalgewerkschaften rächt. Als im Jahre 1869 Bismarck den Arbeitern mit Ausnahme der Landarbeiter, die es heute noch nicht besitzen, das Koalitionsrecht gewährte, waren hier in Solingen die Scherenschleifer die ersten, die davon Gebrauch machten und den Scherenschleiferverein gründeten, ihnen folgten die Messerschleifer und einige Zeit später wurde der Schmiedeverein gegründet. Der Schmiedeverein nahm anfänglich nicht ungeschulte Arbeiter auf, er glaubte, sie entbehren zu können. Als nun Anfang der neunziger Jahre der Metallarbeiter-Verband hier auf dem Plane erschien, da war dieser der erste, der diesen Arbeitern seine Reihen öffnete und mit einer kräftigen Agitation unter allen in den Schlägereien beschäftigten Arbeitern einsetzte. Heute erntet er die Früchte seiner damaligen Bemühungen. Der frühere Schmiedeverein, jetzige Schlägereiarbeiterverein, ist ihm als Sektion angeschlossen, ebenso der Taschen- und Federmesser-, Schlägereiarbeiterverein und der Verein der Messerschleifer. Wir finden überhaupt, daß in allen den Zweigen der Industrie, in denen die fortgeschrittene technische Entwicklung die Beschäftigung ungeschulter Arbeiter ermöglicht, der Metallarbeiter-Verband festen Fuß gefaßt hat. Diese Tatsache sollte zu denken geben. Die Lokalgewerkschaften aber, denen durch das schon in verschiedenen Betrieben eingeführte Teilarbeitsystem wieder eine größere Zahl ungeschulter Arbeiter an die Seite tritt, sollten aus der Vergangenheit eine Lehre ziehen und diesen Arbeitern den Eintritt in ihre Vereinigungen her leichter gestalten als es bisherigen. Sie verhalten dadurch, daß diese Arbeiter in Konkurrenzorganisationen gedrängt werden und ihnen bei Lohnforderungen u. Schwirigkeiten machen können.“ In diesen Ausführungen ist manches Fallische enthalten, aber in der Hauptsache wird der Nagel auf den Kopf getroffen. Ja wohl, wenn jemals Egoismus, Kastengeist und simpler Berufsstand dazu geführt hat, zwei streng geschiedene Klassen von Arbeitern zu schaffen, so ist es in der Solinger Industrie der Fall. Auf der einen Seite der gefamte Schleiferberuf, besonders der Messerschleifer u. f. w. als Aristokratie, auf der anderen der übergroße Prozentsatz der Arbeiter, die kaum das zum Leben Notdürftige verdienen können. Niemand ist das Solidaritätsgefühl der Messerschleifer so weit gegangen, auch für andere Berufe etwas zu tun. Wochten andere Berufe wie Heider, Scherenagler, Scherensleifer, Klammacher, Plattenreider, und wie die Berufe alle heißen mögen, bei vierzehntägiger sechzehnständiger Arbeit mit Frau und Kindern einen Lohn von 12 bis 18 M. verdienen, das scherte die Mitglieder der Schleifervereine den Teufel. Wenn nur für sie bei einem Kampf etwas abfiel, dann stand es mit den Arbeitern der Solinger Industrie gut. Aber alles ist dem Wechsel der Zeit unterworfen. Richtig ist, wie es in dem Artikel heißt: die technische Entwicklung hat nicht Halt gemacht vor den Soren der Klagenstadt. Kein Produkt der heimischen Industrie ist von dieser Umwälzung verschont geblieben, auch das Unternehmertum nicht, das jetzt im Fabrikantenverein organisiert ist. Dieses hat auch nur zu gut die schamhaften Zeichen unserer Zeit verstanden und sich auch einen stärkeren Rückhalt am Arbeitgeber-Verband gesucht. Daß nun bei dieser veränderten Situation die einschüchteren und vernünftigeren Elemente in den Lokalgewerkschaften nach einer anderen Organisationsform suchen, die dem Gegner gewachsen ist, läßt sich wohl verstehen. Ob aber derartige Experimente, wie ein lokaler Industrie-Arbeiter-Verband, das richtige

Ziel ist, muß bezweifelt werden. Jederzeit ist der Metallarbeiter-Verband bereit, mit den Lokalgewerkschaften in Freundschaft zu beraten, wie die Organisationsfrage im Kreise Solingen zum besten der Gesamtarbeiter gelöst werden kann. Nur mit diesem Ziel im Auge, und unter Fortlassung aller persönlichen Momente, ist es möglich, dem vereinigten Unternehmertum in Zukunft eine Macht entgegenzustellen, die imstande ist, für alle Arbeiterkategorien gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. S. G.

Stuttgart. Am 19. November hielt die Verwaltungsjahres-Stuttgarter-Gamntakt ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Für die Abrechnung war zu entnehmen, daß das dritte Quartal für die Verwaltung an Arbeit überreich gewesen ist. Die Mitgliederzahl war am Ende des Quartals 8070 männliche, 22 weibliche. Beim zweiten Punkt schilderte Kollege Schlichte in anschaulicher Weise die Vorgänge, die zum Ausbruch der letzten Berliner Aus-sperrung geführt haben. Es sei das ein Blitz aus heiterem Himmel gewesen. Redner erklärte die Forderungen der beteiligten Arbeiterkategorien und die vergeblichen Versuche, dem drohenden Miesenkampf auszuweichen. Der Hauptgrund, warum nicht gleich zu Anfang eine Einigung zustande gekommen sei, sei der gewesen, daß die von den Unternehmern den Arbeitern vorgeschriebene Frist zur Bezahlung der bewilligten Forderungen zu kurz gewesen sei. Zudem sei dann noch im weiteren Verlauf der Ausperrung durch die Ungleichgültigkeit eines Kommissionsmitglieds eine geplante Maßregel gegen die Unter-nehmer rückbar und in den bürgerlichen Blättern ausgeschaltet worden. Die Ursachen und die Folgeerscheinungen des Kampfes würden wohl jedem zu denken geben. Es seien unsererseits wohl Fehler gemacht worden, jedoch dürfe man nicht vergessen, daß ein Kampf gegen die Elektrizitätsfirmen allein viel schwieriger sei wie gegen den Metallindustriellen-Verband. Die Monopolstellung der Werte sei ein Machtfaktor, mit dem in Zukunft anders als bisher gerechnet werden müßte. Die Berliner Kollegen hätten sich beim Beginn des Kampfes daran erinnern sollen, daß die Lage der Berliner Metallarbeiter nur dann mit Erfolg verbessert werden könne, wenn auch die Provinzen sich nicht mehr im Rückstand befinden. Die Berliner Kollegen standen aber zu sehr unter den Einwirkungen der Debatten über den Massenstreik. Dies sei im Hinblick auf die in der gewerkschaftlichen Organisation notwendige Disziplin ein schwerwiegender Faktor. Das Mittel des Streiks sei ein zweischneidiges Schwert. Es sollte bloß dann angewendet werden, wenn alle anderen Mittel verjagen. Auf alle Fälle aber dürfe das Schauspiel einer Berliner Ausperrung unter den gleichen Umständen nicht mehr vorkommen. Gehäufiger Beifall lohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion wies Kollege Lauterbach auf die von verschiedenen Parteigenossen entwickelten Theorien hin, die zur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter bringen. Er forderte weiter noch ganz entschieden, daß die Berliner Kollegen etwas mehr Mühe auf die „Provinzler“ nehmen, da durch die Bewegungen in Berlin die übrigen Orte des Reiches in ihrem Handeln lahmgelegt seien. Auch die übrigen Redner wandten sich gegen die Taktik der Berliner Kollegen. Es müßte nicht nur eine disziplinierte Masse vorhanden sein, auch die nötigen Mittel dürften nicht fehlen, eine derartige Ausperrung, wenn sie nicht zu vermeiden sei, mit Erfolg abzuwehren zu können. Kollege Mäthner wandte sich gegen das Kraftmeistern, das bei der Ausperrung zum Ausdruck gekommen sei. Die Berliner Kollegen seien vor eine vollständig neue Frage gestellt worden, die sie in nicht gerade glücklicher Weise und auch nicht zugunsten unseres Verbandes zu lösen versuchten. Er geht noch näher auf die Forderungen der Schrauben-dreher ein und konstatiert, daß dieselben nicht, wie vielfach behauptet wird, zu hohe waren, daß es aber taktisch richtiger gewesen wäre, im Interesse der Gesamtorganisation die bewilligten Forderungen anzunehmen. Die Taktik, einen Kampf rechtzeitig abzuwehren, sollte mehr und mehr unter den Kollegen Platz greifen. Im Schlußwort kam Kollege Schlichte auf die niederen Löhne in der Provinz gegenüber Berlin zu sprechen. Daß diese niedrigen Löhne mit der Zeit auf Berlin einwirken, sei außer Zweifel. Dies habe sich in Gürtler-streit auch deutlich gezeigt. Es sei dies kein Vorwurf gegen die Schraubendrehler, aber das Verantwortlichkeitsgefühl hätte sie vor Weiterungen bewahren sollen. Im allgemeinen sei den Berliner Kollegen allerdings der Vorwurf zu machen, daß sie sich von den herrschenden Stimmung immer mitreißen ließen, kaltes Blut zu bewahren. Auf alle Fälle sei es besser, bei Ausichtslosigkeit einen Streik bald abzu-brechen, als ihn bis zum Reißbrot zu führen. Dies dürften jedoch auch die Kollegen der Provinz besser einsehen lernen. Wenn die Verbandsbeamten von vielen einseitigen Kollegen als Verräter und Bremser hingestellt werden, so sei dies nicht so verlegend, als wenn auf Parteitag Führer der Partei falsche Anschuldigungen erheben. Wir wollen nicht, wie fälschlich behauptet wird, eine Spaltung in die Partei hineinbringen, aber das Beharren, die Arbeiter ihren Beamten zu entfremden, müsse entschieden zurückgewiesen werden.

Zegel. Mit dem Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus der letzten Ausperrung?“ beschäftigte sich eine vom Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften für Zegel einberufene öffentliche Versammlung. Die Versammlung war schwach besucht, sie bestand noch zu mehr als der Hälfte aus Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Der Referent Jordan entledigte sich seiner Aufgabe in echt Hirsch-Dunderscher Weise. Er schimpfte wie ein Rohrspaß auf den bösen Metallarbeiter-Verband und suchte Anschluß an das von Erkelens angebahnte Gelände der künftigen Hirsch-Dunderschen Taktik des Streikdrucks. So recht gelang dies aber nicht, denn er konnte nicht be-zweifeln, daß dem Gewerkschaften diesmal sehr viel Mißerfolgungen-zustande gekommen war. Obgleich nun feststeht, daß der Herr Jordan im Streikomitee, wie alle übrigen Organisationsvertreter auch, für Beendigung der Ausperrung sprach und stimmte, hatte der gute Mann nicht den Mut, diesen Beschluß vor der öffentlichen Versammlung zu begründen und zu vertreten. Der Referent erwähnte auch das Eingreifen von Ackermann, Wiesenthal und Zaleski, er glaubte, dem Verband daraus einen Vorwurf machen zu können. Der Versuch, den der Referent zum Schluß machte, der Versammlung nachzuweisen, daß das Heil der Berliner Metallarbeiter im Anschluß an den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften liege, mißlang so gründlich, daß Herr Jordan eigentlich für alle Zeiten kurier sein müßte. In der nun darauf folgenden Diskussion meldete sich der Zegeler Bezirksleiter unseres Verbandes, Kollege Bahn, zum Wort und zerpfückte mit Leichtfertigkeit die vom Referenten gebrachten Vorwürfe gegen die Streikleitung und gegen die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Kollege Bahn führte aus, der Standpunkt, den der Gewerkschaften hier wieder einnimmt, alle Verantwortung auf die Schultern anderer zu laden, trage nicht dazu bei, sich das Vertrauen des Metallarbeiter-Verbandes und deren Mitglieder zu erwerben. Da nun dieser Kampf nicht zur Zufriedenheit der Kollegen beendet wurde (auch Redner war nicht mit allem einverstanden), soll man aber so viel Mut haben, einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen und sich nun nicht feige beiseite stellen und sagen: Ich bin nicht schuld, trotzdem der Referent selbst in der Zentralstreikleitung gewesen und auch bei jedem Beschluß für oder gegen sprechen und stimmen konnte. Es ist aber die alte Manier der Hirsche, daß sie immer nach Beendigung der Kämpfe besser wußten, wie es gemacht werden sollte, als wie während des Kampfes. Er, Redner, wäre der Meinung, die Versammlung solle die nötigen Lehren aus dem Kampfe ziehen, aber nicht in der Weise, wie es der Referent getan. Wir sind berechtigt und sogar verpflichtet, eine Kritik über alles, was von den Gewerkschaften geschieht, zu üben. Dann führte der Redner aus, daß die vielen Organisationen eine Zerplitterung der Kräfte bedeuten. Wenn wir auf der einen Seite das gesamte Unter-nehmertum Deutschlands sehen, müssen wir dahin kommen, daß die Sonderbündel und die kleinen Organisationen zu existieren aufhören, indem sie sich der großen Organisation anschließen, um nicht bei all-zufünftigen großen Kämpfen ein Hemmschuh der Bewegung zu werden. Man solle nicht immer herkommen und sagen: Getrennt machter, vereint schlagen, sondern vereint marschieren und dann vereint schlagen. Diese und die weiteren Ausführungen des Kollegen Bahn fanden einen solchen Beifall, daß der gute Jordan trotz tramp-fahnen Bemühens im Schlußwort nur noch wenig Anfang fand. Viel-leicht trägt diese Versammlung dazu bei, den Hirschen begreiflich zu machen, daß auch Zegel für sie ein verlorenes Posten ist. Unfekt

wegen können die Fische noch recht viele solcher Versammlungen einberufen. Der Agitation für unseren Verband ist das recht förderlich. **Itkau.** Der Streik in den Phänomen-Fahrradwerken ist beendet. Näherer Bericht folgt.

Werftarbeiter.

Kiel. Am 28. November, unmittelbar nach dem Arbeitsschluss, fand in Gaarden eine imposante Demonstrationssammlung der Arbeiter der Kaiserlichen Werft im Kaiserpark statt. 3000 „kaiserliche“ Arbeiter füllten den großen Saal des Stabes und die Nebenräume, Hunderte mußten wegen Überfüllung der Räume wieder umkehren. Die Kundgebung war ein Protest gegen die Marineverwaltung, weil sie die bekanntesten, auch dem Reichstag unterbreiteten Denkschriften der Werftarbeiter einfach nicht beachtet hatte, und zugleich ein Misstrauensvotum für die Werfleitung, die die Petitionen der einzelnen Arbeitergruppen und Betriebsabteilungen konsequent dem Papierkorb überweist. Die Tagesordnung der Versammlung lautete: „Wie denken die Arbeiter der Kaiserlichen Werft über die Nichtbeachtung ihrer Denkschrift? Welche Stellung nehmen sie ein zu den Ausführungen, die ihnen bei der Ablehnung ihrer eingereichten Forderungen gemacht worden sind? Welcher Ansicht sind sie über eine Verkürzung der Arbeitszeit?“ Nejerent war Arbeitersekretär Wiffell aus Lübeck. Die musterhaft verlaufene Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der die Marineverwaltung ersucht wird, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen sowie eine der Verkürzung der Lebenshaltung entsprechende Lohnherabsetzung zu gewähren. Ferner wurde der Werftdirektion das Verhalten der Arbeiter ausgedrückt, daß sie es nicht für notwendig erachtete, von den Petitionen der Arbeiter Notiz zu nehmen. Die Orlsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte den Oberwerksdirektor in einem föhlichen Schreiben ersucht, einen seiner höheren Beamten in die Versammlung zu entsenden, damit er sich über die Wünsche und die Stimmung der Arbeiter persönlich informieren könne. Der Einladung war keine Folge geleistet worden; die Herren sind offenbar so sehr mit der neuen Flottenvorlage beschäftigt, daß sie keine Zeit haben, sich um das Wohl ihrer Arbeiter zu kümmern. Sie mögen sich dann aber auch nicht wundern, wenn die Erregung „ihrer“ Arbeiterschaft ihnen eines Tages das Sicherheitsgefühl, in dem sie sich zu wiegen scheinen, böß stört.

Rundschau.

An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Werte Genossen!

Anfang Dezember dieses Jahres wird dem Reichstag von Seiten der Zentralkommission eine Petition betreffs der reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeiterlohnes übergeben werden. Die Petition gibt dem Wunsch und der Forderung Ausdruck, daß der Reichstag dem durch die sozialdemokratische Fraktion beantragten Gesetz, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes, seine Zustimmung geben soll. Um nun dieser Petition, besonders in Beziehung zu den Beschlüssen des zweiten Bauarbeiterkongresses, Nachdruck zu geben, ist es unbedingt geboten, daß die baugewerblichen Arbeiterschaft aller Berufe hierzu ihre Zustimmung gibt und ihrer Unterstützung in unabweisbarer Art Ausdruck verleiht. Um so mehr werden sich die baugewerblichen Berufsarbeiter hierzu verpflichtet fühlen müssen, als wir wieder konstatieren können, daß die Zahl der Unfälle im Baugewerbe eine nicht unbedeutliche Zunahme erfahren hat. Bei einer vergleichenden Gegenüberstellung der Unfälle der letzten beiden Jahre ergibt sich folgendes Resultat. Insgesamt waren zu verzeichnen:

Jahr	Gemeldete Unfälle	Tödlich verlegte Unfälle	Tödlich verlegte Unfälle
1903	59 747	13 347	1081
1904	64 791	13 360	1104

Die Zahlen der Unfälle für 1904 sind noch nicht ganz vollständig, wir werden also hier noch mit anderen Ergebnissen zu rechnen haben. Die Steigerung der Unternehmerprofite geht im engen Zusammenhang mit dem Unglück und Stund der Arbeiter. Wenn die Zahlen der Betriebsunfälle so offenkundig und ungeschwinkt die Schuldlosigkeit und den Wert des Menschen „Arbeiter“ dokumentieren, so haben wir über die Zunahme der Berufserkrankungen keine zuverlässigen Angaben. Die Lungentuberkulose und die Erkrankungen der Atmungsorgane fordern alljährlich ungeheure Opfer im Baugewerbe. Dem reihen sich die Folgen der Erkrankungen an Rheumatismus, Influenza, Bleivergiftung, Zementkrämpfe, Magen-, Darm-, und Bruchleiden etc. an. Die massenmörderische Wirkung dieser Krankheitsursachen vergrößert der baugewerblichen Arbeiterschaft die Lebenslage und zerstört Glück und Zukunft der Familien. Deshalb muß es die Aufgabe eines jeden Berufsarbeiters des Baugewerbes sein, hier vollbereuht das Vorgehen der Zentralkommission zu unterstützen. Zu diesem Zwecke werden von der Zentralkommission zur Petition Unterzeichnungsbogen ausgegeben, welche von den baugewerblichen Vertrauenspersonen und Leitern der lokalen Bauarbeiterkongresskommissionen in Umlauf gebracht werden müssen. In den Verbands- und öffentlichen Versammlungen der nächsten Tage muß die Frage des Bauarbeiterlohnes in eingehender Weise behandelt und dabei auf die Pflicht hingewiesen und aufmerksam gemacht werden, die Petitionsbogen zu unterzeichnen. In jeder Versammlung, Werkstatt und bei jedem Bau müssen Petitionsbogen vorhanden sein, um jedem Arbeiter des Baugewerbes Gelegenheit zur Unterschrift zu geben. Die Vertrauenspersonen werden durch ihr unterfühndendes und ordnendes Eingreifen dafür Sorge tragen, daß diese Petitionsbewegung der Arbeiter sich zu einer großartigen Kundgebung gegen die bestehenden Mißstände bei Bauten und für eine gesunde Regelung des Bauarbeiterlohnes durch die Reichsgesetzgebung gestaltet.

Die Zentralkommission wird den Vertrauenspersonen und den Leitern der Bauarbeiterkongresskommissionen eine Petition zur Kenntnisnahme und Agitation sowie Petitionsbogen unentgeltlich zur Verfügung stellen. Sollte die Zahl der zugesandten Petitionsbogen nicht ausreichen, so ist umgehend davon Mitteilung zu machen. Die ausgefüllten Petitionsbogen am Orte müssen durch die Vertrauenspersonen bis zum 15. Januar 1906 an das Sekretariat der Zentralkommission zurückgeschickt werden.

Wenn die leitenden Personen und die Vertrauenspersonen unserer Schutzbewegung das nötige Verständnis entgegenbringen und sich ihrer verantwortlichen und solidariischen Pflicht bewusst sind, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Die Arbeiterschaft des Baugewerbes ist eine sich immer neu bleibende Kampfgemeinschaft, die auch bei diesem Vorgehen wieder Zuverlässigkeit und entschlossene Festigkeit zeigen muß.

Hamburg, im November 1905.

Mit Gruß

Die Zentralkommission für Bauarbeiterlohne.

NB. Alle Briefe und Sendungen an die Zentralkommission sind an G. Heine, Hamburg 7, Reichensteinerhof 56, 2. St., zu richten.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Berliner Kupferstichmiede ist beendet. Die Streikenden beschließen, die Zugehörigkeiten der Interaktion anzunehmen. Danach werden die vor dem Streik gezahlten Löhne um 6 Pf. pro Stunde erhöht. Neueingestellte Kupferstichmiede erhalten einen Stundenlohn von 55 Pf. Die Bezahlung der überstunden, Stadt- und Landzulagen, sowie die zehnstündige Arbeitszeit bleibt unberührt.

Im Markgrafstädter Kürschnerstreik, der nun schon seit September währt, hat sich die Lage nicht verändert. — Die städtischen Kürschnerstreikenden haben an den Landtag eine Petition gerichtet, in der sie bitten, daß die Kürschner für das auf Beurlaubung und im Interesse der Kürschnerischen Künstergesellschaft nach Markgrafstädt verlegte Gendarmenkommando auf den Staatsjäger überlassen werden.

Aussperrung der Kieler Schlachtereigenen. Die Kieler Schlachtereigenen hatten an die dortige Schlachtereierklärung folgende Forderungen gestellt: 1. Innehalten der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe; 2. nach getaner Arbeit keine Einschränkung der persönlichen Freiheit; 3. Regelung der Arbeitszeit durch eine Kommission; 4. Gefellenlogis, die den sanitären und hygienischen Anforderungen genügen. Die Forderung wies nicht nur diese Forderungen zurück, sondern ließ sämtlichen bei ihren Mitgliedern beschäftigten organisierten Gefellen einen Revers vorlegen, worin der Gefelle mit Namenunterchrift sich verpflichtete, dem Zentralverband der Fleischergefallen nicht anzugehören, eventuell sofort aus dem Verband auszutreten. Wer den Revers nicht unterschrieb, dem wurde gekündigt. Unorganisierte Gefellen sind 60 am Orte, die meist auf dem Schlachthof und in einzelnen Großschlachtereien beschäftigt sind. Die Straßenbahner in Kiel sind in den Ausstand getreten. Sie fordern Lohnherabsetzung, Innehalten der zehnstündigen Arbeitszeit und bessere Behandlung. Die Werkstättenarbeiter erklärten sich mit den Ausschlüssen solidarisch.

Aus der Textilindustrie. Die Ausgesperrten beschloffen, zum 28. November die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

Gewerbegerichtliches.

Kann ein mit einer Arbeiterorganisation geschlossener Tarifvertrag auch für Nichtorganisierte verbindlich werden? Das Gewerbegericht veröffentlicht ein hierauf begütigtes Urteil des Gewerbegerichts Nordorf. Kläger ist vom Februar bis 6. März 1905 bei dem Beklagten als Malbispurger beschäftigt gewesen. Im letztgenannten Tage ist er ohne Kündigung entlassen worden. Zudem er behauptet, daß bei seiner Annahme über Kündigung nichts vereinbart worden sei, die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist daher gegolten habe, und daß er infolge der plötzlichen Entlassung einen Lohnausfall für vierzehn Tage gleich 108 Stunden à 85 Pf. gehabt habe, beantragt er, den Beklagten zu verurteilen, an ihn 91,80 Mk. zu zahlen. Beklagter beantragt Klagenabweisung, weil nach dem zwischen dem Verband der Gips-, Zement- und Zementbaugeschäfte für Berlin und Vororte und dem Zentralverband der Maurer Deutschlands (Sektion der Gips- und Zementbranche) abgeschlossenen Tarifvertrag (§ 5) für Malbispurger die Einhaltung einer Kündigungsfrist ganz allgemein gültig ausgeschlossen ist.

Kläger bestritt die Gültigkeit dieser Vereinbarung für ihn, da er nicht organisiert sei und dem Zentralverband der Maurer nicht angehöre. Beklagter wendet demgegenüber ein, daß Kläger sonst die Vereinbarung für sich habe gelten lassen, indem er den Lohn von 85 Pf. die Stunde ohne besondere Lohnabrede nach dem Tarifvertrag erhalten und angenommen und auch im übrigen nach den Tarifbestimmungen bezüglich der Arbeitszeit und Arbeitsteilung gearbeitet habe. — Die Klage ist abgewiesen.

Aus den Gründen: Unstreitig ist Kläger, ein nicht organisierter Malbispurger, vom Beklagten, einem Mitglied des Verbandes der Gips-, Zement- und Zementbaugeschäfte für Berlin und die Vororte, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden. Unstreitig haben die Parteien über die Dauer der Kündigungsfrist keine ausdrückliche Abrede getroffen. Es würde danach die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist des § 122 der Gewerbeordnung Maß greifen, wie Kläger meint, wenn nicht, wie Beklagter behauptet, Kündigungsfrist kraft stillschweigender Vereinbarung gelten würde. Dies aber ist vorliegend der Fall. Die gerichtsbekannt, hat sich im Großberliner Baugewerbe auf Grund der vor dem Berliner Einigungsamt geschlossenen Tarifverträge die Arbeitsvertragslösung ohne jede Kündigungsfrist ganz allgemein eingebürgert und es hat sich speziell auch auf Grund des vorgelegten Tarifvertrages die feste und durchgängige Übung entwickelt, daß Malbispurger u. s. w. ohne jede Kündigung aufzuheben und entlassen werden können. Diese Übung besteht zunächst bei den fraglichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Aber auch die Unorganisierten halten sich, da ihnen beim Übergang der Organisierten nichts anderes übrig bleibt, überwiegend daran, und im Streitfall nehmen beide Teile die ihnen günstigen Tarifbestimmungen besonders gern und regelmäßig für sich in Anspruch. So muß der Kündigungsanschluss im Baugewerbe geradezu als ortsüblich und als Verkehrsbrauch bezeichnen werden, die als stillschweigend vereinbart gilt, bis das Gegenteil von ihr als ausdrückliche entgegengesetzte Abrede nachgewiesen ist. Denn nach § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind Verträge so anzulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Soweit also die in den Verträgen festgelegten Bestimmungen regelmäßige und ortsübliche geworden und anderweite Abreden zwischen den Parteien nicht getroffen sind, binden die Verträge auch die beim Abschluss nicht Beteiligten, bei den zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossenen Tarifverträgen also auch die Nichtorganisierten. Mangels einer solchen entgegengesetzten ausdrücklichen Abrede, die nicht behauptet worden ist, ist also auch Kläger an den Kündigungsanschluss gebunden. Nach den Grundätzen von Treu und Glauben, mit Rücksicht auf die Verkehrsseite hätte der Kläger, wenn er den Kündigungsanschluss für sich nicht gelten lassen wollte, den Beklagten, ein Organisationsmitglied, ausdrücklich darauf aufmerksam machen müssen. Das aber hat Kläger nicht nur nicht getan, sondern er wollte auch gar nicht den Tarifvertrag für sich ausschließen, da er ohne viel Worte in die Arbeit trat, den Lohn von 85 Pf. die Stunde, wie er im Tarifvertrag normiert ist, stillschweigend annahm und auch sonst nach den Tarifbestimmungen arbeitete. Nach Treu und Glauben mußte der Beklagte auch nach diesem ganzen Verhalten annehmen, daß Kläger unter den allgemein üblichen Bedingungen arbeite. Nach dieser Rechtsauffassung, die der ständigen Praxis der Berliner Gewerbegerichte folgt, ist der Anspruch des Klägers unbegründet.

Auch ein Kampf zwischen Theorie und Praxis.

Am 10. November tagte in Köln eine Versammlung des Vereins der Industriellen im Regierungsbezirk Köln. Zu dieser Versammlung war auch der Sozialwissenschaftler Professor Ehrenberg erschienen, um die Mitglieder des Vereins zu bewegen, Material für seine Zeitschrift, das *Ökonomische Archiv*, zur Verfügung zu stellen. Nach seiner Ansicht ist es notwendig, auch die Erzeugnisse der des Unternehmens zu beobachten und darzustellen. Man sollte meinen, die Versammlungsteilnehmer hätten diesen Vorschlag freudig begrüßt. Denn es ihnen mit Hilfe ihrer Geschäftsbücher möglich wäre, die Behauptungen der „Hörer“ von der Ausbeutung der Arbeitermassen zu widerlegen. So darf man sich doch sicher sein, daß Ehrenberg und dessen Mitarbeiter dies Geschäft mit deutscher Gründlichkeit betreiben würden. Was geschah aber? Ehrenberg mußte vergebens Strafproben über sich ergehen lassen, die gegen die bürgerlichen sozialpolitischen Theoretiker gerichtet waren, von denen sich bekanntlich nicht alle als Soldaten des Kapitals mißbrauchen lassen wollen.

Nach der Frankfurter Zeitung trat als erster Diskussionsredner der Geheimrat Nordorf auf. Er bemerkte zunächst, er und seine Gefährten hätten, allerdings nicht bei Ehrenberg und Schmöller, aber bei anderen volkswirtschaftlichen Professoren das Gefühl: „sie wollen uns nicht verstehen.“ Nach den Regeln der Höflichkeit sind Anwesende bekanntlich ausgeschlossen. Es sei ja gar nicht wahr, daß die Unternehmerhaft über dem Erwerbserleben ideale Ziele verachtlich hätte; man brauche ja nur daraus hinzusehen, was alles die Arbeitgeber für die Arbeiter getan haben. Aber man werde ständig um Kampfe gewonnen. Ich lehne es ab, daß wir uns nur ein Fütchen mit schädel fed, daß wir in diesen Kampf gestellt sind. — Ich lehne zwar nicht alle Forderungen ab, aber für die Kohlenindustrie des Ruhrreviers muß ich es aufs schärfste ablehnen, die Organisationen auszuwählen und mit ihnen zu verhandeln. Die Berufsvereine sind nicht die beruflichen Vertreter, die das beste wollen. Diese Berufsvereine sind nur angelegentliches Besondere, die die Erregung hervorzurufen und erhalten wollen. Die Berufsvereine, so wie sie heute sind, sind keine Organisationen der Arbeiter. Es sind politische Parteien, deren Aufgabe es ist, für die sozialdemokratische und die ultramontane Partei Gewinn zu gewinnen. Darin sind sie beide gleich, und nur die Partei ist der anderen über, die geschwätzt in der Bewegung ist. — Der größte Fehler der Wissenschaft ist, wenn sie die politischen Parteien mit Berufsvereinen ver-

wechselt. Hätten wir die letzteren, dann würden wir gern mit ihnen verhandeln, wenn wir dadurch die Gewissheit hätten, zum Frieden zu gelangen. Aber um die Waffen gegen uns zu wehen und unsere eigenen wegzuwerfen, dazu können wir unseren Arm nicht bieten.“

Nach Nordorf sprachen in ähnlichem Sinne Abgeordneter Dr. Baumer und der bekannte Syndikus Dr. Alexander Lillie, der sich noch ein spezielles in der Verunglimpfung nationalökonomischer Professoren zugute tat. Dabei stellte er wieder, wie in der Mannheimer Versammlung des Vereins für Sozialpolitik, Behauptungen auf, die jeder Grundlage entbehren, so zum Beispiel, daß die akademische Volkswirtschaftslehre eine Arbeit über das Unternehmertum noch schuldbig gelassen sei. Es wurde denn auch von Professor Wiedenfeld sofort darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe von Untersuchungen die Unternehmung zum Gegenstand hat; man brauche nur an die Kartellfrage zu erinnern.

Wenn man die Witaustriche der genannten Unternehmervertreter liest, so fast man sich unwillkürlich an den Kopf und zweifelt daran, daß wirkliche Männer der Praxis so ungerichtetes Zeug zusammensetzen können. Zu derselben Zeit, wo im Ruhrrevier die Vertrauensmänner der Bergarbeiter rastlos arbeiten, um diese von unüberlegten Schritten abzuhalten und auf solche Weise den Dank jedes Menschenfreundes verdienen, haben solche ebenfalls im Solde des Kapitals stehenden (freilich besser als die Arbeiter bezahlten) Schuldknappen des Unternehmertums den traurigen Mut, sie mit beratigen unflätigen Beschimpfungen zu überschütten. Dasselbe geschieht jetzt den Vertretern der Wissenschaft bevor, die ihre Aufgabe in dem Sinne auffassen, daß sie unter allen Umständen der Wahrheit zum Durchbruch verhelfen wollen und sich nicht zu Soldatentzen des Kapitalismus degradieren lassen wollen.

Ein Mittelstandsretter.

Der erste Vorsitzende der Deutschen Mittelstandsvereinigung ist der Großkaufmann Max Kähler in Hannover, der in den „Mittelstand“ vorzüglich hineinpaßt, weil er über 1600 Arbeiter beschäftigt und nach seiner eigenen Angabe das größte Baugeschäft in Hannover besitzt. Von diesem Herrn erzählen die „Mittelungen“ aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus eine Geschichte, die, wenn sie wahr ist, ihn in einem sehr eigenartigen Lichte erscheinen läßt. Die Mittelungen des Abwehrvereins schreiben:

„Herr Kähler, der „Lobseind“ der Warenhäuser, hat sich öffentlich geäußert, der Vater der neuen Bauordnung in Hannover zu sein, die sich ausgesprochen gegen die Warenhäuser richtet und ihnen ihre Existenz dadurch nach Möglichkeit erschweren sollte, daß sie die Geschäftsräume auf das Parterre und das erste Stockwerk beschränkt. Gleichwohl hat Herr Kähler drei Monate vor Erlaß dieser Bauordnung, als man noch nicht die geringste Ahnung von diesem geplanten Vorgehen gegen geschäftliche Neubauten in Hannover hatte, in einem Privatbrief an einen Geschäftsmann, in dem er sich für die Ausführung eines Neubaus als Architekt anbot, folgenden Passus geschrieben: „Nach dürfte es in vorliegendem Falle für Sie von Interesse sein, möglichst schnell die Genehmigung zu erwirken, beziehungsweise etwaige harte Bestimmungen der Bauordnung über Warenhäuser gemildert zu finden.“ Weiter findet sich in dem Schreiben der Satz: „Ich gestatte mir noch ergebenst zu bemerken, daß ich in meiner Eigenschaft als Bürgervertreter sehr gute Beziehungen zu Herrn Stadtdirektor Tramm habe, der infolge dessen gern bereit sein wird, sowohl über meine Person wie über meinen Betrieb ausführliche Auskunft zu geben.“

Herr Kähler also agitiert für Erlaß harter Bauordnungen für Geschäftshäuser und bietet sich zu gleicher Zeit einem Geschäftsmann als Mittelmann an, um ihm einen Dispens davon unter der Hand zu erwirken. — Dazu benutzt er noch sein Stadtordeutenmandat für geschäftliche Zwecke. Solche Leute sind nicht nur besonders geeignet, den Mittelstand zu retten, nein, sie glauben auch, sich besonders hervortun zu müssen, wenn es gilt, Arbeiterforderungen als von Hebern und Wählern veranlaßt zu denunzieren.

Patriotismus, der was einbringt.

Am 4. November tagte in Berlin die Generalkonferenz des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Zu dem in der Deutschen Industrie-Zeitung veröffentlichten Bericht interessiert uns hauptsächlich folgende Stelle aus dem Auszug vom Geschäftsbericht des Generalsekretärs Bueck:

Alle diese Momente (die Entwicklung der Industrie im Ausland) erschweren unsere Stellung auf dem Weltmarkt immer mehr; die Industrie werde aber ihre Schuldigkeit tun und nach ihren Kräften ihre Aufgabe zu lösen suchen; alle ihre Anstrengungen werden aber vergebens sein, wenn Deutschland die Mittel fehlen, auf der großen Meerstraße des Weltverkehrs, auf dem Weltmeer seine Interessen und diejenigen der Industrie zu schützen. Dieses Mittel sei eine starke Flotte, deren Ausbau bei dem Widerstand der Parteien im Reichstag von der Stärke der Regierung abhängig.

Diese Gelegenheit benützt der Geschäftsführer (Bueck), um wiederholt der Jugendbildung entgegenzutreten, als hätte der Zentralverband Deutscher Industrieller sich der Einbringung einer neuen Flottenvorlage widersetzt. Er führte aus, daß die im Laufe des letzten Jahres an ihn ergangenen Auforderungen, eine Flottenkündigung zu entwerfen, von ihm zwar abgelehnt worden seien. Diese Ablehnung sei aber in der Erwägung erfolgt, daß eine solche Kündigung damals verfrüht war. Sollte die Regierung, wie bestimmt zu erwarten sei, mit einer Flottenvorlage an den Reichstag gelangen, so werde der Zentralverband, wie er es im Jahre 1898 getan habe, es an einer kräftigen Aktion für das Zustandekommen der Flottenvorlage nicht fehlen lassen. Er verwies dabei auf einen allseitig gemachten Einwand, daß Deutschland für eine große Flotte nicht genügend Geld habe, auf die Tatsache, daß im Jahre 1904 in Deutschland für 3 1/2 Milliarden Mark alkoholische Getränke verbraucht worden seien!

Der Bueck ist ohne Zweifel ein schlauer Geschäftsmann. Er weiß, wann die Zeit gekommen ist, wo wieder ein gutes Geschäft gemacht werden kann und hütet sich wohl, die Aussicht darauf durch eine tobtschichtige Agitation à la Alldeutscher Verband oder Flottenverein zu verunmöglichen. Wie wir sehen, hat Herr Bueck richtig kalkuliert. Für das Kapital wieder glänzende Profite, für das arbeitende Volk zu all den bisherigen Lasten noch ein Bündel neuer Steuern!

Christliche Laiki.

Als im Frühjahr die Gärtnergehilfen Berlins beabsichtigten, durch eine Bewegung ihre Arbeitsverhältnisse zu bessern, ließ die christliche Gärtnerorganisation es sich anlegen sein, durch Quertreibereien jede ernste Aktion soweit zu verhindern, daß der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein es vorgez, von einem Tarifabschluss Abstand zu nehmen. Darauf haben dann die Christlichen Gärtner sich an die Unternehmer herangemacht, um für den Berrat an den Interessen der Gehilfenschaft ihren Lohn zu erbetteln. Dieser ist ihr nunmehr geworden. Die Unternehmerorganisation hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, einen Tarifvertrag mit der in Berlin etwa 60 Mann (von 2000 Beschäftigten) starken Christlichen „Organisation“ auf zwei Jahre abzuschließen, mit der Motivierung, daß „man dem nächstjährigen Lohnkampf (des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins) nicht ungerührt entgegengehen dürfe.“ Das besagt also, daß den christlichen Gärtner mit Unternehmertum selbst die Rolle der Streikbrecher zugezogen und zugemutet wird. Der Tarifvertrag soll nur die Brücke bilden, über die die Christlichen so bequem wie möglich den Unternehmern die Streikbrecher gegebenenfalls liefern werden.

Abgeblinder Arbeitswilliger.

Das Amtsgericht Fürth hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwiegler Spiegelfabrik war der Arbeiter Klotzer wegen eines Streiks von der Fabrik ausgeschlossen worden. Er wurde als Mitglied des Glasarbeiterverbandes gesperrt, die vom Verband über verschiedene Firmen verhängt worden waren, durchbrochen hatte, weigerten sich die übrigen Arbeiter, mit ihm zusammen zu arbeiten. Auf ihre Veranlassung stellte sich der Verbandsvollmächtigte und Führer des Arbeitsnachweises bei dem Unternehmer vor, um die Sache in Gütigkeit zu schließen; der

Unternehmer ließ sich aber auf nichts ein, worauf die Arbeiter sich anschießen, die Arbeit niederzulegen. Nun wurde Blöcher entlassen. Dieser ließ durch seine jetzige Organisation, die auf lokalem Boden stehende freie gewerkschaftliche Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinigung, Entschädigungsklage gegen den Bevollmächtigten stellen, die aber vom Gericht abgewiesen wurde, weil nicht erwiesen sei, daß die Arbeiter oder der Bevollmächtigte die Entlassung direkt gefordert hätten.

Unzufriedene Eisenbahner in Baden.

Aus Heidelberg wird berichtet: Zu einer von mehr als 1000 Eisenbahnern besuchten Versammlung des badischen Eisenbahner-Verbandes sind die ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die schlechten Pensionsverhältnisse und die unzureichende Witwen- und Waisenversorgung der badischen Eisenbahner in verschiedenen Referaten behandelt worden. Es wurde dann einstimmig folgende Resolution gefaßt:

In Anbetracht der heutigen teuren Zeiten sowie des Umstandes, daß die bisherigen Petitionen des badischen Eisenbahner-Verbandes an hohe Landstände nur minimale Wirkung erzeugten, indem der Herr Finanzminister stets betonte, keine Mittel zu besitzen, ersucht die sehr zahlreich besuchte Versammlung die hier anwesenden Herren Landtagsabgeordneten, mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln die im letzten Landtag anerkannte notwendige Lage der Eisenbahner nachdrücklich zu verbessern.

Die anwesenden Abgeordneten Pfeiffle (Sozialdemokrat), Freiherr v. Wenzlingen (Zentrum), Jähig (Demokrat) und Hohhrst (Nationalliberal) haben einstimmig die Zusicherung gegeben, daß ihre Parteien im nächsten Landtag energisch für die Forderungen der Eisenbahnarbeiter eintreten werden. Da darf man schon gespannt sein, zu erfahren, was die Vertreter der bürgerlichen Parteien unter „energischen Eintreten“ verstehen.

Zum politischen Massenstreik

schreibt der Grundstein in seiner Nr. 46 folgendes: „In der Diskussion über den politischen Massenstreik wird von einigen Seiten in der Sozialdemokratie mit großem Nachdruck auf die gewaltigen Ereignisse in Rußland hingewiesen. Man sagt, dort sei das Beispiel gegeben, was mit diesem Kampfmittel erreicht werden könne. Wir halten diese Art, für die Idee des politischen Massenstreiks in Deutschland Propaganda zu machen, für eine völlig verfehlte. Man sollte doch bedenken, daß es sich in Rußland um eine faktische, aus dem Herrschaftssystem des Despotismus und einer politischen Korruption ohnegleichen resultierende Revolution handelt, an der alle Klassen des Volkes beteiligt sind. Diese Revolution bietet ein einzig in der Geschichte dastehendes Beispiel der Erhebung eines ganzen Volkes gegen Tyrannen. Der russische Professor von Meusner, anerkannt als einer der besten Kenner der Verhältnisse im zaristischen Rußland, schreibt in der Neuen Gesellschaft: „Der Generalstreik! Das war die neue Waffe der Revolution, die in Rußland den Boden für ihre Machterhebung fand, wo sie zu einem unerhörten, in der Geschichte nie dagewesenen Schlage auszuholen konnte. Der Streik konnte nur in Rußland und in der russischen Revolution zu einem Generalstreik werden, nur dort, unter dem Zeichen des Kampfes gegen den verhassten Despotismus in allen Kreisen der Gesellschaft, angefangen von den Abgeordneten der städtischen Duma, Ingenieuren und Rechtsanwältinnen, bis hinab zum letzten Pächter eines wüstverlorenen Ortes, Wurzel fassen. Die besten Elemente der russischen Intelligenz haben sich dem Generalstreik angeschlossen und alle freien Berufe haben sich seinem unaufhaltsamen Siegeslauf gefügt. Die gegenwärtige, in der Geschichte einzig dastehende Konstellation hat aus der russischen Gesellschaft ein einziges Streiklager geschaffen und das russische Bürgertum gezwungen, der Fahne der sich befreienden Arbeiter zu folgen. Unter dem Schutze des europäischen Rechtsstaates feiern nur die Arbeiter, in Rußland aber hat das ganze Volk das Räuberwerk eines riesigen Nationalhaushaltes zum Stillstand gebracht. Der Generalstreik der Arbeiter ist zu einem Volksstreik geworden. Vor ihm hat der Absolutismus die Waffen geteilt. . . Wir dürfen uns jedoch nicht rosigem Hoffnungen hingeben. Die Einigkeit, die gegenwärtig durch den politischen Streik geschaffen worden ist, wird das Ende des harten politischen Kampfes keinen Augenblick überdauern.“

Das sind sehr beachtliche Ausführungen. Der politische Massenstreik in Rußland kann nicht als ein Klassenkampf des Proletariats erachtet werden. Er ist, wie Meusner ganz richtig sagt, ein Volksstreik. Der politische Massenstreik als Mittel des rein proletarischen und ausschließlich auf sozialdemokratische Ziele gerichteten Klassenkampfes würde in Rußland, wie anderwärts, die feste Koalition der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen unbedingt gegen sich haben.

Man sollte es also unterlassen, die Ereignisse in Rußland als maßgebend für die Beurteilung und Entscheidung der Frage der Unabwendbarkeit des politischen Massenstreiks in Deutschland hinzustellen. Damit wird nur Verwirrung des Geistes erzeugt und trügerische Hoffnung erweckt. Denn daran ist nicht zu denken, daß hier der russische Volksstreik Nachahmung finden könne. Hier könnte, wenn es zum politischen Massenstreik käme, dieser nur den Charakter und die Bedeutung einer reinen Klassenkampfform für fest umgrenzte Zwecke haben; er könnte sich nicht richten auf den Sturz der herrschenden Gewaltssysteme. Dieser ist von ganz anderen Bedingungen abhängig.“

Zum Vorwärtskonflikt

erhielten wir folgende drei Einsendungen: Feuerbach. Die heute, am 25. November tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der Gewerkschaftshaus nimmt Kenntnis von dem Konflikt in der Vorwärts-Redaktion. Sie verurteilt auf das entschiedenste das Vorgehen der sechs Redakteure und billigt die Maßregeln des Parteivorstandes und der Pressekommision. Sie verurteilt aber auch entschieden die Haltung der Generalkommision der Gewerkschaften in dem Artikel in Nr. 15 des Correspondenzblattes und die Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung. Die Versammlung kann es nicht verstehen, wie man Vergleiche anstellt zwischen Kapital und Arbeit und dem Parteivorstand und den Redakteuren andererseits. Sie ist ferner der Ansicht, daß dieser Konflikt nicht vom Gewerkschaftsprinzip aus beurteilt werden kann, weil das Verhältnis ein ganz anderes ist als beim Lohnarbeiter. Die Mitglieder erwarten deshalb, daß die Gewerkschaftsführer eine andere Haltung einnehmen und den Weg der Einigung beschreiten, denn wenn so weiter gefahren wird, dürfte es beiden Seiten nur zum Schaden ausfallen.

Duisburg. In der regelmäßigen Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am 25. November rügten unter „Verschiedenes“ einige Kollegen die Stellungnahme der Metallarbeiter-Zeitung zu dem sogenannten Vorwärtskonflikt. Es wurde auf die Schundartikel hingewiesen, die über diese Angelegenheit in der bürgerlichen Presse erschienen sind, wodurch auch die Agitation der Gewerkschaften gelähmt sei. Scharf wurde das Verhalten der ausgeschiedenen Vorwärtsredakteure gegeißelt, die bei Wahrnehmung ihrer persönlichen Interessen die ganze moderne Arbeiterbewegung schwer geschädigt haben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute, am 25. November tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Duisburg, protestiert gegen die eigentümliche Stellungnahme der Metallarbeiter-Zeitung in Sachen des Vorwärtskonfliktes. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Redakteure, ob gewerkschaftlicher oder politischer Richtung diejenigen Grundfälle theoretisch zu verfechten haben, die von der großen Majorität der organisierten Arbeiterschaft als richtig anerkannt worden sind. Wenn der Redakteur persönlich eine andere Meinung hat und dieselbe in dem von ihm redigierten Organ vertritt, so muß dies auf die Dauer zu unerträglichen Zuständen führen, wie auch die Vorwärtsangelegenheit bewiesen hat. Dem besonders protestiert die Versammlung gegen diejenigen Meinungsäußerungen, die dahin zielen, die neu eingetretenen Vorwärtsredakteure als Streikbrecher hinzustellen. Die Duisburger organisierten Metallarbeiter können sich nicht der nativen Beurteilung derjenigen Personen anschließen, welche in diesem Falle den gewöhnlichen gewerkschaftlichen Maßstab anwenden.

Köln a. Rh. Die am 22. November, nachmittags 3 Uhr, in der „Glück auf Halle“ zu Köln a. Rh. tagende und von 150 Vertrauensleuten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes besuchte Vertrauensmänner-Versammlung beschloß sich im letzten Punkt ihrer Tagesordnung auch mit der Stellungnahme der Metallarbeiter-Zeitung und dem Correspondenzblatt zum Vorwärtskonflikt und beschloß mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution: Die Vertrauensmänner-Versammlung verurteilt aufs entschiedenste die einseitige Stellungnahme der Metallarbeiter-Zeitung und des Correspondenzblattes in Sachen des Vorwärtskonfliktes. Das Verhalten unserer Zeitung um so mehr, als wir der Ansicht waren, daß Vorstand und Redaktion aus der Stellungnahme der siebenten ordentlichen Generalversammlung zu Leipzig in Sachen der Meißner- und Generalkonferenzfrage so viel haben wahrnehmen müssen, um nicht denjenigen Teil unserer Kollegen, welche Parteigenossen sind, in fortwährende Mißstimmung zu versetzen. Die Versammlung billigt vollständig das Vorgehen des Parteivorstandes und der Berliner Pressekommision und empfiehlt allen Kollegen, da wo sich ähnliche Strömungen wie in der Vorwärts-Redaktion bemerkbar machen, nach Berliner Muster zu verfahren.

Unsere Antwort kann kurz sein. Die Kollegen, die in Feuerbach und Duisburg den Beschluß gefaßt haben, sind also der Meinung, beim Vorwärtskonflikt dürfe nicht vom Gewerkschaftsprinzip aus geurteilt, nicht der gewöhnliche gewerkschaftliche Maßstab angewendet werden, weil das Verhältnis ein ganz anderes sei als beim Lohnarbeiter. Wir nehmen zugunsten dieser Kollegen an, daß sie damit nicht sagen wollen, die Redakteure des Vorwärts und alle in besonderen Vertrauensstellungen befindlichen Genossen dürften schlechter behandelt werden wie Lohnarbeiter. Denn dies wäre ein Verstoß gegen die von der großen Majorität der organisierten Arbeiterschaft als richtig anerkannten Grundfälle der demokratischen Gleichheit, die wir vor allem in der Praxis und nicht nur in der „Theorie“ zu verfechten haben. Von dieser Ansicht haben wir uns auch bei der Stellungnahme zum Vorwärtskonflikt leiten lassen. Das nennt man nun „einseitig“ und „eigentümlich“. Mag man das so nennen. Die Kollegen, die so besorgt um die Einigkeit zwischen Gewerkschaft und Partei sind, mögen sich aber nicht an uns, sondern an die richtigen Adressen wenden. Mehr als „eigentümlich“ ist der Beschluß der Kölner Werkstattvertrauensleute, die den Vorwärtskonflikt sogar mit unserer Leipziger Generalversammlung in Verbindung bringen. Was hat die Meißner- und die Generalkonferenzfrage mit dem Vorwärtskonflikt zu tun? Und in welcher Weise haben Redaktion und Vorstand gegen die Leipziger Beschlüsse verstoßen? Oder glauben die Kölner Werkstattvertrauensleute, daß, wenn innerhalb unserer Reihen einmal eine „Mißstimmung“ zum Ausdruck gekommen ist, kein Wort der Kritik mehr geäußert werden dürfe? Wir legen auch ganz entschieden gegen die Unterstellung Verwahrung ein, daß Redaktion und Vorstand die Kollegen, die die Partei-genossen sind, in „fortwährende Mißstimmung“ versetzen, denn die Stellung der beiden zur Partei ist jedenfalls einwandfreier als die so mancher Parteischriststeller und Parteiredner zu den Gewerkschaften.

Vom Ausland.

Osterreich.

Ein prächtiges Beispiel von Gewerkschaftsdisziplin haben die Buchdrucker geliefert. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs setzte in einer Reihe von Druckorten der passive Widerstand ein, indem die Buchdrucker in den Druckereien untätig blieben. Als darauf das Handelsministerium neue Verhandlungen anbahnte, hörte mit einem Schläge der „passive Widerstand“ auf. Diese Aktion genügt, um die Druckereibesitzer zu weiteren Zugeständnissen geneigt zu machen. Es kam infolgedessen zu einer Vereinbarung. Danach wird das Lohnminimum sofort in allen Klassen um zwei Kronen erhöht, nach Ablauf von vier Jahren tritt abermals eine Erhöhung um zwei Kronen und nach weiteren zwei Jahren wieder eine Erhöhung um eine Krone ein (immerhalb sechs Jahren wird also das Minimum um fünf Kronen (4,25 Mk.) erhöht, worauf der Tarif dann noch zwei Jahre in Kraft bleibt. Beim Tarifende tritt sofort eine Erhöhung um drei Heller, dann um zwei Heller und weiter noch um einen Heller (in der Tarifdauer also um sechs Heller) ein. Doch der Querschnitt der Lohnhöhe wurde die Arbeitszeit um anderthalb Stunden pro Woche gekürzt. Dies ist von weittragender prinzipieller Bedeutung deshalb, weil dadurch Osterreich das erste Land auf dem Kontinent wird, wo die Buchdrucker allgemein eine kürzere als die täglich neunstündige Arbeitszeit im Durchschnitt erreichen. England ist das einzige Land in Europa, wo die Arbeitszeit der Buchdrucker die gleiche ist, nämlich 5 1/2 Stunden pro Woche. Die Vertrauensmänner wurden anerkannt. Bezüglich des 1. Mai kamen im Laufe der Diskussion beide Teile zu der Ansicht, daß eine Änderung des bisherigen Zustandes aus mancherlei Gründen nicht wünschenswert sei, und es wurde trotz der prinzipiellen Bereitwilligkeit der Prinzipale von der Annahme einer entsprechenden Bestimmung im Tarif abgesehen.

Die Demonstration des österreichischen Proletariats für das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist nach den Berichten der Tagespresse unter gewaltiger Teilnahme der Arbeiterschaft und in musterhafter Ordnung verlaufen. In Lusterlich kam es zu einem Zusammenstoß mit der Gendarmrie. Diese Massenunruhen müssen in der Tat einen imponierenden Eindruck gemacht haben. Wir wollen hoffen und wünschen, daß der beabsichtigte Effekt auch erreicht werde.

Belgien.

In Verdiers haben am 30. November fast sämtliche Webereien ihre Arbeiter ausgeperrt. 18.000 Webstühle stehen still.

Schweden.

Obgleich in dem mit der schwedischen Werkstättenvereinigung abgeschlossenen Übereinkommen ausdrücklich bestimmt wird, daß bis zum 15. Februar 1906 ausgeperrte Arbeiter bei Neueinstellung bevorzugt werden sollen, so lange noch welche vorhanden sind, suchen jetzt einige große Betriebe, die jener Unternahmerorganisation angehören, im Organ der gelben Gewerkschaft unorganisierte oder diesem Streikbrecherverband angehörende Arbeiter, besonders Formier, Eisenarbeiter, Schmiede, Klempner, Kupferschmiede, Modellstecher und Maschinenarbeiter. Dies Verfahren ist ein offener Verrat gegen die von den Organisationen beider Parteien schriftlich anerkannten Abmachungen. Man wird gut tun, darauf zu achten, ob diese verrägersbrüchigen Unternehmern sich nicht auch nach dem Ausland wenden, um willfähige Elemente heranzuziehen.

Amerika.

Samuel Gompers, Präsident der American Federation of Labour, vertritt die Meinung, daß die Einwanderung von Chinesen unter allen Umständen unterbleiben muß. Er warnt die Gewerkschaftler vor einer drohenden Chinesenmigration.

Literarisches.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. A. Südekum. Die uns vorliegende Nummer 34 der kommunalen Praxis beschäftigt sich eingehend mit den Arbeiten des Deutschen Städtetages, der am 27. November im Abgeordnetenhaus zu Berlin zusammentrat, um über Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot zu beraten. Probenummern der sehr reichhaltigen und anregenden Zeitschrift sind jederzeit kostenlos vom Verlag der kommunalen Praxis, Berlin W 15 zu beziehen. Der Arbeiter-Kalender für 1906 ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Der in Partei- und Gewerkschaftsstreifen allgemein beliebte Kalender hat sich als ein nützlicher Ratgeber und als ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle organi-

sierten Arbeiter eingebürgert. Der Preis für den Kalender ist, wie alljährlich, 60 Pf.; er ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig und durch Kolporteurs und Zeitungsträger zu beziehen.

Die Sozialistischen Monatshefte, herausgegeben von F. Bloch, (Administration: Berlin W., Lützowstraße 105) haben diesen Dezemberheft ihres XI. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Otto Hue: Ein neues Arbeiterrecht für den Bergbau. — Julius Bruns: Wahlsittlichkeit und Wahlbeteiligung in Preußen. — Max Schippel: Schafftes Lebensbild. — Ernst Deinhardt: Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften. — Dr. August Müller: Gewerkschaften und Privatrecht. — Dr. Hope Bridges Adams-Lehmann: Die Arbeit der Frau. — Hermann Wendel: Balzac. — Ludwig Radlof: Weberlos in Schlefien. — Franz Workmann: Eine deutsche Sterbetafel. Zur bevorstehenden Volkszählung. — Wirtschaft. Von Max Schippel. — Politik. Von Richard Calwer. — Soziale Kommunalpolitik. Von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung. Von Hugo Poetsch. — Gewerkschaftsbewegung. Von Ernst Deinhardt. — Sozialpädagogische Bewegung. Von Simon Rakenstein. — Frauenbewegung. Von Henriette Fürth. — Dichtkunst. Von Max Hochdorf. — Musik. Von Ernst Workmann. — In eigener Sache. Von der Redaktion. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Lützowstraße 105, Berlin W. 35 (Zufendung unter Kreuzband oder in geschlossener Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Otto Pippmann, Berechnung der Wechselfräder zum Gewinnschneiden auf der Leitzpiehdrehbank. Hildburghausen, Emmo Wittig, Technischer Verlag. 40 Seiten. Preis 50 Pf.

Eduard Linke, Berechnung der Wechselfräder zum Gewinnschneiden auf der Leitzpiehdrehbank. Hildburghausen, Emmo Wittig, Technischer Verlag. 40 Seiten. Preis 50 Pf.

W. Steck, Gemeinverständliches Lehrbuch für Tourenänderung und Wechselfräderberechnung. Verlag von Gg. Christmann, Frankfurt (Main). 77 Seiten. Preis gebunden 1,75 Mk. Mit 14 Figuren auf besonderer Beilage.

Es ist allmählich eine besondere Fachliteratur über das Berechnen der Wechselfräder entstanden. Hier liegen uns zu gleicher Zeit drei verschiedene Zugänge vor. Alle drei Werke haben ihre Vorzüge und ihre Nachteile. Das erste Werk enthält eine Uebersetzung in der Bruchrechnung, deren Kenntnis beim Berechnen der Wechselfräder unerlässlich ist. Es fehlt aber darin der Hinweis darauf, daß man bei doppelter Uebersetzung die treibenden oder die treibenden Wechselfräder untereinander verlaufen kann, ein Kniff, durch den der Dreher sich aus mancher Verlegenheit helfen kann. Im zweiten Werk ist dieser Hinweis enthalten. Es behandelt ferner die Sache ausführlicher und enthält außerdem am Schlusse noch mehrere Gemindeltabellen. Es fehlt aber die Anweisung zur Bruchrechnung, die ja für solche, die sie bereits beherrschen, auch nicht nötig ist. Am ausführlichsten hat der Verfasser des dritten Werkes den Stoff behandelt. Er gibt zunächst eine Anleitung zur Bruchrechnung. Das zweite Kapitel behandelt die verschiedenen Vorrichtungen zur Tourenänderung (Reibungsfräder, Riemen- und Seilscheiben, Schneckengetriebe, Schraubenträder, Schälfräder und Planetenabgetriebe). Dann folgt die Berechnung der Wechselfräder im dritten Kapitel, soweit die Drehbänke dabei in Betracht kommen. Das vierte Kapitel behandelt die übrigen Werkzeugmaschinen.

Fest der Festlojen. Unter diesem Titel erscheint als Geschenk-buch für den Weihnachtstisch des deutschen Proletariats Anfang Dezember im Verlag von Kaden & Co. in Dresden ein „Hausbuch weltlicher Predigtswänke“. Wie die bürgerliche Welt ihre umfangreiche Literatur frümmelehd-heuchlerischer Erbauungsbücher beifügt, so will dieses Buch in rebellisch-ernsten und satirisch-geißelnden Festbetrachtungen das Proletariat auf seine Weise künstlerisch erbauen. Das Buch begleitet die Arbeiter durchs Jahr der Fest; es enthält eine ausgewählte Sammlung der Festbetrachtungen aus der Feder Kurt Eisners. Der Begriff „Fest“ ist allerdings nicht im Sinne der Traktatenschriftsteller zu nehmen. Alle Momente einer stimmungsvoll erhobenen Feiertagsstimmung, zu denen sich das Fronjahr der Arbeit befreit, gelangen in dieser Sammlung zum Ausdruck. Mit dem ersten Mai beginnt das proletarische Festjahr. Von Auferstehung und heiligem Geiste handelt die zweite Abtheilung. In „Nüchternen“ bannt der Verfasser die Stunden freien Wanderns und besorglichen Beobachtens. Dem „Tode“ ist ein ernstes Kapitel gewidmet. Weihnachten, Zeitwende, Revolution, Heidenfeiern — alles das ist von der Höhe sozialistischer Weltanschauung, in Auschnitten des wirklichen Lebens und in Phantasien des sehnedigen Dorns heidnisch und irdisch „gepredigt“. Das vornehmste ausgefallene Buch enthält seinen Reproduktion ihrer hervorragenden Radierungen gestaltet hat, die damit zum erstenmal dem Proletariat, aus dem diese Kunstwerke erwachsen sind, zugänglich gemacht werden. Ferner sind Kunstblätter alter und moderner Meister beigelegt. Vorausbestellungen nimmt der Verlag entgegen.

Welche Bücher schenken wir unseren Kindern zu Weihnachten? Wir wollen nicht verfehlen, allen Kollegen, die sich jetzt diese Frage vorlegen, auf das von den Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüssen für Jugendchriften herausgegebene Bücherverzeichnis zu lenken. Diese Ausschüsse haben sich die Aufgabe gestellt, eine Reform der Jugendliteratur durchzuführen und zu verhindern, daß der Geschmack der heranwachsenden Generation nicht durch Schundlektüre verdorben werde. Zu diesem Zwecke geben diese vereinigten Ausschüsse alljährlich ein Verzeichnis wirklich guter, dabei billiger Bücher heraus (Preise 50 Pf. bis 1 Mk.), die es den Eltern ermöglichen sollen, für ihre Kinder Bücher auszuwählen, die sie ihnen unbedenklich in die Hand geben können. Diese Verzeichnisse (bis 5 Stück) werden vollständig kostenlos verabfolgt durch Wilh. Senger, Hamburg 22, Wagnerstraße 53.

Verbands-Anzeigen

- Montag, 11. Dezember:
Barren (Klempner). Früh, 8 1/2 Uhr.
Frankf.-Gederns-Arbeiterheim, 1/9
Barlsenge-Gieß- u. Westendhalle, 1/7
Stendal. Reudt.
Langerhütte. Zimmer u. Berner.
Dienstag, 12. Dezember:
Arheilgen. Dammstädter Hof, 9 Uhr.
Stendal. Reudt.
Langerhütte. Zimmer u. Berner.
Wittenberg. Zentralhalle.
Mittwoch, 13. Dezember:
Sant. Gewerkschafts-Friedrichshof 1/9.
Wismar. Arbeiterheim, halb 9 Uhr.
Donnerstag, 14. Dezember:
Friedrichs-Walde. Schönfelderei, 8 Uhr.
Wegendorf. Neue Welt, 8 Uhr.
Wülshcim a. Rh. Zur Schweiz, halb 9.
Freitag, 15. Dezember:
Effen-Altenessen. Wollenz, halb 9.
Frankf.-Wiederab. Waldbahn 1/9.
Samstag, 16. Dezember:
Wauberg i. S. Lärrens West, 9 Uhr.
Wabem-Wald. Wauwustigebäck, halb 9.
Sant (Klempner). Germaniahalle. 1/9

